

Die Antwort auf das schwarz-gelbe Kürzungspaket: „Annahme verweigert!“

Gut 10.000 DemonstrantInnen waren am 18.11. dem Aufruf eines landesweiten Bündnisses von 42 Organisationen „Gerecht geht anders – wir zahlen nicht für Eure Krise!“ nach Kiel gefolgt. „Obwohl uns zurzeit der Eindruck vermittelt werden soll, dass die Krise überstanden sei und bei den Banken und in der Exportwirtschaft die Gewinne wieder sprudeln, entwickeln Bund, Länder und Gemeinden drastische Kürzungs- und Streichprogramme zum Schuldenabbau. In ihren Auswirkungen sind diese Programme unsozial und verstärken die Umverteilung von unten nach oben.“

Dieses Bündnis repräsentiert ein breites gesellschaftliches Spektrum von den Gewerkschaften, Sozialverbänden, Frauenhäusern, Bildungseinrichtungen bis hin zu Organisationen der politischen Linken. Von den im Landtag vertretenen Parteien hat DIE LINKE das Bündnis von Anbeginn tatkräftig unterstützt. Allgemeiner Konsens des Bündnisses war aber, den politischen Parteien keine Plattform zu bieten. Deshalb sprachen auf den Kundgebungen auch keine Parteienvertreter.

Mit vielen phantasievollen Aktionen haben die DemonstrantInnen in Kiel ihre Kritik an der desaströsen und perspektivlosen Kürzungspolitik der schwarzgelben Landesregierung unterstrichen:

Vor dem Landeshaus führten Vertreter von Suchtberatungsstellen eine „Weinprobe“ durch, bei der sie den Politikern als Denkanstoß »reinen Wein« einschenkten. Viele dieser Beratungsstellen sehen sich in ihrer Existenz bedroht, wenn die Fördermittel des Landes an die Trägerverbände reduziert werden.

Am Nachmittag wurde eine Menschenkette vom Kieler Bildungsministerium zur HSH Nordbank gebildet, wo symbolisch mehrere »millionenschwere« Geldsäcke abgelegt wurden. Auf Plakaten war

**Demo
am 18.11.10
in Kiel**

DIE LINKE in-
mitten des
Bündnisses
mit
Klaus Ernst
und
Cornelia
Möhring
am Rathaus
in Richtung
HSH-Bank
und
Landeshaus



zu lesen "Wer braucht uns, wenn er 'ne HSH Nordbank hat?"

Am Abend lieferten die Demonstranten über 1.000 Umzugskartons mit der Aufschrift „Kürzungspaket – Annahme verweigert“ vor dem Eingang des Landeshauses ab, so dass der Eingang vorübergehend nicht mehr passierbar war.

Augenfällig war die starke Präsenz der GewerkschafterInnen, die eindrucksvoll gezeigt haben, dass sie die kräftigste zivilgesellschaftliche Kraft darstellen und die notwendigen gesellschaftlichen Veränderungen nur gemeinsam mit ihnen möglich sind. Ver.di, IG Metall und IG Bergbau waren mit vielen KollegInnen aus allen Landesteilen erschienen. Andersherum hat diese Demonstration auch gezeigt, dass ein Bündnis, welches über den gewerkschaftlichen Radius hinaus wirkt, für viele Menschen anziehend wirkt.

Das Bündnis „Gerecht geht anders!“ will die Frage „Wie weiter nach der Großdemonstration“ auf der nächsten Versammlung am 27.11. diskutieren. DIE LINKE sollte sich dafür einsetzen, dass die begonnene Zusammenarbeit unter den Beteiligten mit regionalen Verabredungen unterfüttert wird und damit ei-

ne tragfähige Basis erhält. Nur wenn es gemeinsam „vor Ort“ gelingt, sich den konkreten Kürzungsfolgen zu widersetzen, werden sich neue Chancen auf-tun -

auch im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen – die öffentliche Diskussion weiterzuführen und ein gesellschaftliches Klima zu erzeugen, das die politische Klasse veranlasst, diesen sozialen Kahlschlag zurückzunehmen und über andere Wege der Haushaltssanierung nachzudenken. Das Bündnis wäre sicher ein geeigneter regionaler und landesweiter Koordinator, um die Frage „Gerechtigkeit geht anders – aber wie?“ ins öffentliche Bewusstsein zu rücken. Ob diese Chance genutzt wird, liegt in der Entscheidung der beteiligten Akteure.

- Björn Radke, 19.11.2010

In dieser Ausgabe:

- Seite 2-5:** Heißer Herbst
- Seite 6:** Abgeordnete im Knast
- Seite 7:** Guter Lohn für gute Arbeit
- Seite 8-10:** Septemberstreiks 1969
- Seite 11-13:** Kämpfen in Zeiten der Krise
- Seite 16-19:** Aus Kreisen und LAG´n
- Seite 14:** Christopher-Street-Day
- Seite 15:** Programmdebatte
- Seite 20:** Quotierung „oben“ und „unten“

Heißer Herbst

in Europa, Deutschland und Schleswig-Holstein

Regierungen verstehen eine Sprache: den Protest der Menschen auf den Straßen und Plätzen dieses Landes. Ich erinnere nur an die Montagsdemos...

Dass Menschen, die längere Zeit arbeitslos sind oder die trotz Fulltime-Job am Monatsende aufstocken gehen müssen, dass Menschen, die in prekäre Arbeitsverhältnisse, in Niedriglohnjobs und letztlich in Armut gedrängt werden, auch den Mut und die Zuversicht verlieren können, ist traurige Wahrheit. Für eine andere, gerechte Politik braucht es den massiven Druck der Menschen auf der Straße und in den Betrieben und neue parlamentarische Mehrheiten...

DIE LINKE muss ihren Beitrag durch einen in die Gesellschaft reichenden Dialog über politische Alternativen leisten...

Wie heiß wird der Herbst wirklich?

Das vermag niemand seriös einzuschätzen. Die Demonstrationen in Stuttgart und am Samstag in Berlin können durchaus ein Zeichen dafür sein, dass die Menschen im Land der Ankündigung der Kanzlerin von einem „Herbst der Entscheidungen“ einen wirklich heißen Herbst des Protestes und des Widerstandes entgegenzusetzen.

- Interview: Dietmar Bartsch, Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE, 20.9.10, Newsletter DIE LINKE, 22.9.10.

Freiheit statt Angst

Am 11. September 2010 fand in Berlin (Foto rechts) eine bundesweite Demonstration „Gegen den Überwachungsstaat - Freiheit statt Angst“ mit vielen Tausend Teilnehmern statt - unter ihnen zahlreiche Mitglieder der LINKEN. Diese Demonstration war Bestandteil des internationalen Aktionstages „Freedom not Fear 2010“, zu dem Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler aufgerufen hatten, um gegen die ausufernde Überwachung durch Wirtschaft und Staat zu protestieren.

- Newsletter DIE LINKE, Sept. 2010



Die sozialen Proteste

Am 29. September begannen mit dem „Europäischen Aktionstag“ eine Reihe von Aktionen, die sich durch den gesamten Herbst zogen. Zu den Protesten, Veranstaltungen, Demonstrationen und Aktionen hatten die DIE LINKE, die Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aufgerufen. (Bild links: Demo in Berlin)

- Newsletter DIE LINKE 29.9.10.

Sparpaket ?

Zurück an den Absender!

Die Regierung nutzt die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren, um die Umverteilung von unten nach oben zu verschärfen. Nur dank staatlicher Milliardenhilfen machen Banken, Hedgefonds und Konzerne schon wieder satte Gewinne, streichen die Manager erneut fette Boni ein.

Aber für die Kosten der Krise, für den Abbau der von ihnen verursachten Staatsschulden werden sie nicht zur Kasse gebeten. Die Kürzungsprogramme in Deutschland und den anderen europäischen Ländern treffen die Arbeitnehme-

rinnen und Arbeitnehmer und die, die eh schon fast nichts haben: Millionen von Kindern wird ein Ausweg aus der Armut versperrt, Rentnerinnen und Rentner werden trotz lebenslanger Schufterei in die Altersarmut getrieben. Nebenbei wird die Situation gleich genutzt, um Aufgaben der Daseinsvorsorge in Europa weiter zu privatisieren.

Bezahlbare Alternativen

Die Sparprogramme sind nicht nur unsozial, sie sind auch ökonomisch unsinnig... Die Regierung verhindert, dass sich der Aufschwung stabilisieren und vertiefen kann, weil sie die Binnennachfrage ruiniert, prekäre Beschäftigung fördert

und soziale Kürzungen vornimmt.

Dabei liegen die Alternativen auf der Hand, und sie sind bezahlbar. Wir fordern ein Zukunftsprogramm in Bildung, Verkehr und Energiewende und einen Industriefonds für zukunftsfeste Arbeitsplätze. Wir fordern die Rücknahme der Rente mit 67, ein paritätisch finanziertes Gesundheitssystem und die Einführung einer solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung. Statt sozialer Kürzungen brauchen wir eine solidarische Finanzierung über Millionärssteuer, Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer.

- Ulla Lötzer, Sprecherin für internationale Wirtschaftspolitik, Fraktion DIE LINKE

Wir brauchen eine attraktivere Demokratie

Rede von Gregor Gysi im Bundestag, am 6. Oktober 2010

Auch in Berlin interessiert man sich für Stuttgart. Man interessiert sich aber vor allen Dingen für dieses Land. Ich glaube, Sie haben überhaupt nicht begriffen, dass wir es mit einem neuen Zeitgeist zu tun haben.

Ich will Ihnen beschreiben, woran das liegt und woran man das messen kann. Sie stellen sich hier hin und sagen: Alle Genehmigungen für Stuttgart 21 sind erteilt. Alle Verträge sind geschlossen. Es lässt sich juristisch nichts mehr machen. Wenn man das früher unserer deutschen Bevölkerung gesagt hätte, wäre sie zu Hause geblieben... Diesmal interessiert die Bevölkerung nicht, was Sie sagen. Warum nicht? Was hat sich verändert? Weshalb werden es von Demo zu Demo mehr Menschen, obwohl Sie versuchen, das mit diesen Argumenten zu verhindern? Der Grund ist: Der Zeitgeist hat sich verändert. Sie haben recht: Es gibt eine neue Distanz zwischen der Regierung und den Regierten. Das spüren alle.

Das liegt mitunter auch an dieser Bundesregierung; denn Sie stimmen die gesamte Politik in Bezug auf die Banken mit der Bankenlobby ab. Sie stimmen die gesamte Gesundheitspolitik mit den privaten Krankenversicherungen ab, Sie stimmen die gesamte Energiepolitik mit der Energielobby ab. Aber einen Friseurmeister, einen Hartz-IV-Empfänger oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer allgemein fragen Sie nie, welche Entscheidungen Sie in Bezug auf sie treffen sollen. Das merken die Leute. Deswegen entsteht ein neuer Zeitgeist, so etwas wie ein rebellischer Geist.

Das ganze Projekt ist nicht zu erklären. Eine Strecke nach Ulm kann man bauen, eine Anbindung an den Flughafen kann man bauen. Deswegen braucht man keinen wahrscheinlich zehn Milliarden Euro kostenden unterirdischen Bahnhof. Das ist einfach Wahnsinn, was Sie vorhaben...

Sie sagen der Hartz-IV-Empfängerin, Sie hätten kein Geld mehr, es gäbe nicht mehr als fünf Euro. Sie sagen ihr, dass das Elterngeld gestrichen werden muss. Auf der einen Seite beschließen sie in großem Umfang Sozialkürzungen und auf der anderen Seite sagen Sie: Natur-



lich haben wir zehn Milliarden für einen unterirdischen Bahnhof. – Das verstehen die Leute einfach nicht mehr...

Ich sage Ihnen: Die Zeit ist reif; wir müssen etwas ändern. Es geht nicht mehr an, dass Sie sich einmal, bei der Bundestagswahl, wählen lassen und die Bevölkerung dann vier Jahre lang nicht befragen. Die Zeit ist reif für Volksentscheide. Geben Sie sich einen Ruck. Wir brauchen eine attraktivere Demokratie. Genau dafür streiten wir.“

- Aus „Disput“ Okt. 2010, Auszüge

Von wegen Bahnhof verstehen...

Gegen das Milliardenprojekt „Stuttgart 21“ (Bild oben) gehen Samstag für Samstag, Montag für Montag nicht allein Stuttgarter auf die Straße. Am 9. Oktober waren es an die Hunderttausend. Beiendruckend: Vielfalt und Fantasie des Protestes. Der richtet sich gegen Geldverschwendung, Abriss, Polizeiwilkkür, politische Sturheit, für Naturschutz und Bürger/innenbeteiligung. Ungeachtet der Schlichtung demonstrierten auch am 16. Oktober viele Tausende.
- Aus „Disput“ Okt. 2010



Bundesweite Demonstration in Oldenburg, am 10.10.10 „Mindestens 80 Euro mehr für Lebensmittel, SOFORT !!“

Das fordert das Bündnis aus Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg ALSO, Aktionsbündnis Sozialproteste ABSP, Bundesarbeitsgemeinschaft Prekäre Lebenslagen e.V., Erwerbslosen-Forum Deutschland ELO, Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen KOS, Tacheles e.V. und ver.di-Erwerbslose und die Wilhelmshavener Erwerbslosen-Redaktion WER. In ihren Forderungen heißt es:

„Wütend über Milliarden-geschenke an Banken und Sparpakete für die Ärmsten der Gesellschaft? Ungläubiges Staunen, dass mit der Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Beziehende in erwünschte und unerwünschte Kinder unterschieden wird? Sauer, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Flaues Gefühl im Magen, weil die

Gesundheit immer teurer, die Rente immer kleiner und die Zukunft immer ungewisser wird? Null Verständnis, dafür, warum es in einer reichen Gesellschaft immer noch keinen gesetzlichen Mindestlohn und kein ausreichendes Einkommen für alle geben soll? Wir wollen nicht jammern und nicht betteln! Wir wollen Krach schlagen!

Mit Töpfen und Kochlöffeln, Spaß und Selbstbewusstsein!.. Wir wollen ein Einkommen für alle, das auch für eine gesunde Ernährung ausreicht! Wir wollen Arbeitsplätze mit sinnvoller Arbeit und existenzsicherndem Einkommen!

- Aus Gegenwind Sept. 2010, gekürzt



Am 21. Oktober protestierten Hebammen vor dem Bundesgesundheitsministerium in Berlin (Bild links). Die Krankenkassen einigten sich noch immer nicht auf eine existenzsichernde Honorarerhöhung.. Und die Bundesregierung sieht sich nicht in der Pflicht, die Hebammen in ihrer Verhandlungsposition zu unterstützen.



Blinden-Demo in Kiel am 16. Okt. 2010

Hebammen brauchen Existenz sichernde Entlohnung

Am 16. Sept. 2010 fand auf dem Asmus-Bremer Platz in Kiel eine Hebammen-Mahnwache des Hebammenverbandes Schleswig-Holstein statt, an der auch Ranka Prante, Abgeordnete der LINKEN SH teilnahm. DIE LINKE fordert eine angemessene Bezahlung von Hebammen, sowie bezahlbare Versicherungsbeiträge...

„Die Arbeitsbedingungen“, so Ranka Prante, frauenpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, „werden für die freiberuflichen Hebammen immer schwieriger. Der Anstieg des Beitrages für die Berufshaftpflicht um sage und schreibe 203 Prozent ist nicht einmal auf eine ansteigende Zahl von Schadensfällen zurückzuführen. Damit sollen die Folgekosten für lebenslange Pflege und Schadensersatz abgedeckt werden. Das kann aber nicht Aufgabe der Hebammen sein, sondern der Gesundheitspolitik“

Die Vergütung der Hebammen muss endlich verbindlich festgelegt werden und es muss ein Haftungsfonds für alle Heilberufe geschaffen werden, damit das Risiko von Behandlungsfehlern aufgefangen werden kann. Momentan stehen die Hebammen bei ihrer mit einem Bein in der Insolvenz.“

- Presseinformation DIE LINKE Fraktion im SH-Landtag

Das Sterben der Geburtshelferinnen

Seit dem 1. Juli dieses Jahres haben schon 476 Hebammen ihren Traumberuf an den Nagel gehängt. Noch einmal 178 professionelle Geburtshelferinnen beschlossen, die Schwangeren und jungen Mütter nur noch vor und nach der Geburt zu betreuen... Der Grund: die teure Haftpflichtversicherung. Fast 3.700 Euro müssen freiberufliche Hebammen im Jahr zahlen. Das sind drei Monatsgehälter. Viel zu viel. Denn Hebammen verdienen wenig. Gerade mal gute 14.000 Euro stehen am Jahresende als zu versteuerndes Einkommen auf dem Papier. Der Stundenlohn liegt bei 7,50 Euro.

„Bleibt alles so, wie es ist, dann steht ein ganzer Berufsstand auf der Kippe, sagt Martina Klenk. Sie ist die Präsidentin des Deutschen Hebammenverbandes, und Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, sowie Vorsitzende des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestages. Am 5. Mai 2010, dem internationalen Hebammentag, reichte sie selbst eine öffentliche Petition beim Bundestag ein. Dafür sammelte sie in „Windeseile“ 190.000 Unterschriften. Allein am ersten Tag klickten sich bei den Hebammen 18.000 Mitunterzeichner ein. Das waren mehr, als der Berufsverband Mitglieder zählt (16.000).

- Clara, 17/2010, Auszüge

„Gerecht geht anders – Hände weg vom Blindengeld!“

Kiel. Die Fraktion DIE LINKE im schleswig-holsteinischen Landtag erklärt sich solidarisch mit der Demonstration der Blinden und Sehbehinderten gegen die geplante Halbierung des Landesblindengeldes am 16. Oktober 2010 in Kiel.

„Mit der Halbierung des Landesblindengeldes auf 200 Euro wird Schleswig-Holstein im Ländervergleich zukünftig das Schlusslicht bei der Unterstützung der Betroffenen sein, erklärte Ulrich Schippels, Parlamentarischer Geschäftsführer der Landtagsfraktion. Hier wird der Schwerpunkt der sozialen Kürzungen gleich doppelt falsch gesetzt“ :

„Zum einen wird bei denen gekürzt, die am meisten auf Hilfen angewiesen sind. Zum anderen sind das zugleich diejenigen, von denen die Landesregierung hofft, dass sie den geringsten Widerstand leisten werden. Die bundeweite Demonstration gegen die skandalösen Kürzungen wird aber zeigen, dass die Regierung sich da irrt.“

- Presseinformation LINKE Fraktion im Landtag, 15.10.10

„Sie gehen über Leichen!“ Protestaktion autonomer Frauenhäuser

Ranka Prante, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion im Landtag, Jannine Menger-Hamilton, Landessprecherin der LINKEN Schleswig-Holstein und Cornelia Möhring, frauenpolitische Sprecherin für die Fraktion DIE LINKE im Bundestag erklärten sich solidarisch mit den autonomen Frauenhäusern und unterstützten ihre Protestaktion am 8. Oktober vor dem Landeshaus: „Liebe Frauen, liebe Aktivistinnen der autonomen Frauenhäuser Schleswig-Holstein, wir erklären uns mit Ihnen und allen Frauenhäusern solidarisch und unterstützen Ihre Ziele und Aktivitäten zum Schutz von Frauen in schwierigen Lebenssituationen.“

Die Kürzungen der Landesregierung im Bereich der Frauenhäuser treffen wieder einmal die besonders Schutzbedürftigen, nämlich Frauen und Kinder, die von häuslicher Gewalt, sexueller Nötigung und Unterdrückung betroffen sind und in Ihren Einrichtungen Schutz suchen. Frauenhäuser leisten unverzichtbare Arbeit für Frauen und Kinder in Not, leisten Hilfestellung in allen Lebensbereichen. Dabei ist das kein alleiniges Frauenproblem, sondern eines der gesamten Gesellschaft. Deshalb muss dieses Angebot besonders geschützt und gefördert werden.

- Presseinformation DIE LINKE, 5. Oktober 2010

Atomkraft: Schluss jetzt!

Es ist soweit: Die Bundesregierung hat den Kniefall vor der Atomindustrie vollzogen. Mit dem Entschluss, die Laufzeiten für Atomkraftwerke bis zu 14 Jahre zu verlängern, macht sie sich zum Handlanger des atomaren Großkapitals und zum Gegner der Erneuerbaren Energien. Die Bundesregierung unterwirft sich dem Diktat der Atomwirtschaft und pfeift auf demokratische Prinzipien.

Milliardenprofite vollständig abschöpfen

Abgeschriebene Atomkraftwerke erbringen den Energiekonzernen jährlich zweistellige Milliardenprofite. Das Geld stammt aus dem Geldbeutel der Bürgerinnen und Bürger, die es über den Strompreis bezahlen. Betroffen sind dadurch die ohnehin schon Benachteiligten, z. B. Hartz-IV-Bezieher, die durch das Sparpaket der Bundesregierung schon genug finanzielle Kürzungen ertragen müssen. Darüber hinaus wird die Atomkraft seit Jahrzehnten hoch subventioniert. Wenigstens 165 Milliarden Euro an Steuergeldern wurden bis heute in Forschung, Entwicklung und Endlagersuche gesteckt. Dass eine so übersubventionierte Branche jetzt ihre eigenen Steuergesetze diktieren will, ist ein unerträglicher Affront gegen die Menschen im Land und ein Hohn auf die Grundprinzipien der Demokratie. DIE LINKE fordert die Überführung der Entsorgungsrücklagen der Atomkonzerne in öffentliche Hand, die vollständige Abschöpfung der Profite, die aus der Atomenergie stammen und die Streichung sämtlicher staatlicher Subventionen. Aus diesen Mitteln sollen künftig die Endlagerforschung, die Kosten für die Sanierung der Asse und der Umbau zu regenerativen Energien finanziert werden.

Verbrechen an künftigen Generationen

Durchschnittlich 14 Jahre längere Laufzeit für Atomkraftwerke - das heißt 5000 Tonnen zusätzlicher Atommüll. Die Nutzung der Atomenergie kommt einem Blindflug gleich. Ohne zu wissen wohin damit, noch mehr Jahrtausende strahlenden Müll zu produzieren, ist ein Verbrechen an kommenden Generationen. Das bornierte Profitinteresse der Atomkraftbefürworter steht in krassem Gegensatz zu den Interessen der gesamten Gesellschaft. Das Desaster in der Asse zeigt, dass eine sichere Lagerung von Atommüll zurzeit nicht möglich ist. Deshalb darf die Suche nach einem Endlager nicht in der Hand von Handlangern der Atomindustrie bleiben. Diese beharren aus rein ökonomischem Interesse auf dem ungeeigneten Salzstock in Gorleben. Nötig ist vielmehr ein Verständnis für die gesellschaftliche Verantwortung und eine nur der Sicherheit verpflichtete, wissenschaftlich fundierte Forschung...

Energiewende sichern - AKWs zwangsabschalten

Atomarer Strom verstopft bereits heute die Netze. Windkraftanlagen werden immer wieder zwangstillgelegt, weil die sogenannte Grundlast durch Kohle- und Atomstrom nicht schnell genug herunter geregelt werden kann. Damit wird das Prinzip des Vorrangs für Erneuerbare Energien ausgehöhlt. Auch für das Erreichen der Klimaschutzziele ist dieses Verfahren kontraproduktiv. Die Laufzeitverlängerung wird den Systemkonflikt noch mehr verschärfen und den Vorrang Erneuerbarer Energien weiter in Frage stellen. Für den Ausbau regenerativer Energien und um die Energiewende zu sichern, müssen atomare und fossile Überkapazitäten vom Netz genommen und AKWs zwangsabgeschaltet werden...

- Aus dem Flugblatt der LINKEN für den 18.9.10.



...Regierungsviertel umzingeln!

Als Teil der Anti-Atom-Bewegung ruft DIE LINKE auf, den Protest gegen Atomkraft und Laufzeitverlängerung vielfältig, lautstark und vehement dorthin zu tragen, wo sich Schwarz-Gelb und die Bundesregierung über die Interessen der Mehrheit hinwegsetzen: Kommt am 18. September (Foto oben) zur Umzingelung des Regierungsviertels nach Berlin!



Dorothea Menzer besichtigt im Juni 2010 für die Fraktion DIE LINKE den Salzstock in Gorleben

Viel los in diesem Herbst !!!

Am kommenden Wochenende, dem 6./7. November werden elf Castor-Behälter aus Frankreich in Richtung Gorleben rollen. Der Protest gegen den Transport wird zum Protest gegen die Atompläne der Bundesregierung, wo viele zehntausende Demonstrantinnen und Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet erwartet werden. DIE LINKE unterstützt die Aktionen der Anti-Atom-Bewegung und ruft ihre Mitglieder dazu auf, sich an den verschiedenen Protesten gegen den Castor im November zu beteiligen. - Mitglieder Info LaVo 36, 2. 11.10

Abgeordnete im Knast



Zu Beginn des Sommers hat sich in der schleswig-holsteinischen LINKEN eine **Landesarbeitsgemeinschaft AG für Migration und Integration** gegründet, deren Mitglieder sich besonders gegen das Thema Abschiebung engagieren. Auf mehreren Planungstreffen haben die Mitglieder in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Veranstaltungen und eine Aktion entwickelt, welche am 2. Oktober in Rendsburg vor der Abschiebungshafteinrichtung stattgefunden hat. Teil dieser Aktion war die Einbeziehung der LINKEN Landtagsfraktion, deren Abgeordnete durch die Mitgliedschaft im Landtag das Recht haben; Zugang zur Justizvollzugsanstalt gewährt zu bekommen, um den Inhaftierten einen Besuch abzustatten.

Mit Dolmetschern für jede Sprache und einem Team aus Mitarbeitern und Abgeordneten wurde die Fraktion freundlich in der Haftanstalt empfangen. Das Angebot eines kleinen Vortrages zur Haftanstalt lehnten wir dank Vorwarnungen ab. Dies hätte unsere auf eine Stunde begrenzte Zeit des Kontaktes zu den Häftlingen deutlich verkürzt.

Im Gespräch mit Flüchtlingen (Bild oben: Antje Jansen) informierten wir uns über die Haftbedingungen und den bürokratischen Stand im persönlichen Kampf um Freilassung oder Aufenthaltserlaubnis Einzelner. Die Gespräche waren sehr aufschlussreich... Bezüglich der Haftbedingungen sind uns Klagen über die Sauberkeit der Kleidung und das einseitige Essen übermittelt worden. Weiterhin aufgefallen sind uns eine starke Verzweiflung und die grundsätzliche Suche nach Gründen für die Haft. Teilweise wollten die Inhaftierten gar nicht in Deutschland bleiben und wurden nur auf der Durchreise verhaftet. Sie begreifen nicht, warum der Staat sie einsperrt. Manchen ist wegen der Sprachschwierigkeiten nicht einmal klar, dass sie im Haus die Rechtsberatung der Diakonie in Anspruch nehmen können.

Alles in allem hat es uns sehr getroffen, nach einer Stunde ohne helfen zu können, wieder gehen zu müssen... Bisher bleibt uns nur der Gedanke, dass wir den Häftlingen gezeigt haben, dass in Deutschland nicht alle gegen sie sind, sie unschuldig und subjektiv gesehen, unrechtmäßig festgehalten werden und dass wir weiter für sie kämpfen werden. Wir hoffen, die Menschen so in ihrem täglichen psychischen Kampf ein wenig ermutigt zu haben. Zum Ende der Gespräche überreichten die Abgeordneten Telefonkarten an die Häftlinge, damit sie Kontakt zu Ihren Angehörigen halten können. Vor dem Gefängnis und am Tag danach in Rendsburg organisierte die LAG eine Aktion gegen Dieses und alle Abschiebeknäste in Europa.

- Ramona Hall, Fraktionsmitarbeiterin DIE LINKE SH

Warum Menschen fliehen müssen

In Schleswig-Holstein gibt es seit 2003 eine Abschiebungshafteinrichtung. Im letzten Jahr waren hier 361 Männer inhaftiert. Flüchtlingsvereine und Verbände kritisieren die Abschiebungshaft seit Jahren vehement. Zu welcher Verzweiflung Abschiebungshaft führen kann, zeigten in diesem Jahr drei Selbstmorde in deutschen Abschiebegefängnissen.

Immer wieder wird festgestellt, dass Behörden und Gerichte die Abschiebungshaft zu schnell und ohne genaue Prüfung des Falls anordnen. So kam es allein in Schleswig-Holstein auch 2009 wieder zu 54 Fällen, in denen Menschen entlassen werden mussten, weil die Abschiebung aus unterschiedlichsten Gründen nicht durchführbar war.

Fluchtursachen sind die derzeitige Weltwirtschaftsordnung, Gewalt und Kriege, befördert durch Rüstungsexporte, eine weltweit extrem anwachsende Umweltzerstörung und politische, religiöse, rassische und geschlechtsbedingte Verfolgung. Außerdem fördert der Handel mit Diktaturen, auf den sich unser Wohlstand zum teil stützt, Unterdrückung und Ungerechtigkeit in vielen Teilen der Erde. Diese Ursachen müssen bekämpft werden, nicht die Menschen, die deshalb fliehen.

Abschiebungshaft abschaffen - für eine neue humanere Flüchtlingspolitik!"

Nach dem Besuch im Knast in Rendsburg setzte sich DIE LINKE mit einem Antrag im Landtag für die Abschaffung der Abschiebungshaft ein:

„Abschiebungshaft ist eine unverhältnismäßige Zwangsmaßnahme, bei der erschreckend viele Verfahrensfehler vorkommen. Die Fraktionen von CDU und FDP hätten heute zumindest die Möglichkeit wahrnehmen können, die Bedingungen für Abschiebungshäftlinge zu verbessern“, sagt Heinz-Werner Jezewski, innen- und rechtspolitischer Sprecher der LINKEN. „DIE LINKE wird sich weiterhin für Flüchtlinge einsetzen, die ohne jeden Grund wie Schwerverbrecher behandelt werden und in unserer Demokratie keine Stimme haben.“

Auch die migrationspolitische Sprecherin Antje Jansen zeigte sich enttäuscht: „Die Leidensgeschichten dieser Menschen, die ich bei unserem Besuch in Rendsburg gehört habe, machen mich sehr betroffen. Ich schäme mich dafür, dass dieser deutsche Staat Flüchtlinge kriminalisiert und sie schlecht behandelt. Wenn CDU und FDP sich vor Ort informiert hätten, würden sie vielleicht anders über diese Sache denken.“

Ziel müsse es sein, zunächst die Haftbedingungen zu lockern und zu verbessern und die Abschiebungshaft perspektivisch ganz abzuschaffen. „Wir fordern, dass besonders schutzbedürftige Menschen, wie zum Beispiel Minderjährige, Schwangere und psychisch Kranke nicht abgeschoben werden und ausreisepflichtige Menschen eine angemessene Frist zur freiwilligen Ausreise bekommen. Auch Prozesskosten müssen übernommen werden, denn nach unserer Auffassung haben auch Flüchtlinge das Recht auf ein faires Verfahren“, so Jezewski weiter.

- Presseerklärung DIE LINKE Fraktion im SH-Landtag, 6.10.10

Rede von Björn Thoroer im Landtag zum Vergabe- und Tariftreuegesetz

DIE LINKE fordert: Guter Lohn für gute Arbeit

Herr Präsident/Frau Präsidentin,
meine Damen und Herren,

DIE LINKE hält ein eigenständiges Vergabe- und Tariftreuegesetz für unbedingt nötig. Deshalb möchte ich mich hier ausdrücklich beim SSW bedanken, dass dieser schon im letzten November die Debatte darüber angestoßen hat...

Unser Änderungsantrag zum Gesetzentwurf der SPD beinhaltet die Einführung eines Mindestlohnes von 10 Euro bei öffentlichen Aufträgen... DIE LINKE tritt für einen Mindestlohn ein, weil sie gerechte Löhne für gute Arbeit zu einer Selbstverständlichkeit machen will und nicht immer mehr zur Ausnahme.

Viele Dinge sprechen heute dafür, dass ein Mindestlohn Realität werden kann:

- So setzt sich der deutsche Juristentag nun für Mindestlöhne ein. Eine Höhe nennt er nicht, aber Vorgaben. Jeder Mensch, der 45 Jahre gearbeitet hat, soll danach eine Rente erhalten, die über dem Existenzminimum liegt. Wenn ein Mensch 45 Jahre lang für 7,50 Euro die Stunde voll gearbeitet hat, bekommt er eine Rente von 620 Euro. Dies liegt unter der Grundsicherung im Alter und das geht nicht.

- Seit dem Start von „Hartz IV“ haben die Steuerzahler weit über 50 Milliarden Euro ausgegeben, um Niedriglöhne aufzustocken. Die Ausgaben für die Aufstocker stiegen kontinuierlich von acht Milliarden Euro im Jahr 2005 auf elf Milliarden Euro 2009... Niedriglöhne aufzustocken, weil diese allein den Lebensunterhalt nicht sichern... Auch das ist eine Ursache für die wachsende Verschuldung von Bund, Ländern und Gemeinden.

- Der einzige ökonomisch bedeutsame Teil von Hartz IV war die Absenkung des Sozialhilfeminimums. Wer seither seinen Job verliert und keinen neuen bekommt, dem droht der soziale Absturz. Und aus eigener Kraft wieder hochzukommen ist im Hartz IV-System so gut wie ausgeschlossen. Damit erhöht Hartz IV kontinuierlich die Kosten, die aus dem Verlust des Arbeitsplatzes folgen. Aufgrund dieser Lage haben Arbeitnehmer einen massiven Zwang, ihre Stelle um fast jeden Preis zu erhalten. Das führt wiederum dazu, dass die Reallöhne fallen und zwar

selbst in Zeiten des Aufschwungs.

Die Landesregierung plant, das Tariftreuegesetz des Landes Schleswig-Holstein auslaufen zu lassen. Stattdessen soll das Vergaberecht in ein Mittelstandsförderungsgesetz integriert werden. Es soll

Demo
der
IG Metall
im
Hamburger
Hafen
gegen das
Sparpaket
der
Regierung
30. 10.2010



lediglich auf allgemeinverbindliche Tarifverträge hingewiesen werden... Es wäre ja noch schöner, wenn die öffentliche Hand als Auftraggeber nun auch noch allgemeinverbindliche Tarifverträge unterlaufen würde.

Die SPD hat heute einen Entwurf für ein Tariftreue- und Vergabegesetz eingebracht. Die SPD – Fraktion hat dem Landtag fast wortgetreu das existierende Tariftreue- und Vergabegesetz des Landes Bremen vorgelegt. Das Tariftreuegesetz von Bremen enthält einige fortschrittliche Paragraphen. So zum Beispiel:

- Nur Unternehmen, die ausbilden, sollen öffentliche Aufträge erhalten.
- Nur Unternehmen, die ökologische Standards einhalten, sollen öffentliche Aufträge bekommen.

Verschwunden ist für uns unerklärlicherweise der Paragraph zum Mindestlohn. .. Interessant! Ebenso verschwunden ist die in Bremen obligatorische Prüfung öffentlicher Aufträge durch eine Sonderkommission, die alle öffentlichen Auftragsvergaben prüft und damit die Einhaltung des Gesetzes gewährleistet...

DIE LINKE hat sowohl den Mindestlohn als auch die Sonderkommission zur Kontrolle der Einhaltung des Gesetzes im Änderungsantrag eingebracht. Ich kenne die Einwände ein Mindestlohn nur bei öffentlichen Aufträgen sei nicht EU-konform. Gerichtsurteile vorwegzunehmen, ist nicht die Aufgabe des Parlamentes. Unser Antrag orientiert sich an der exi-

stierenden Regelung in Berlin.

Ich frage mich ernsthaft, wie Abgeordnete, die einen Mindestlohn ablehnen es morgens fertigbringen, mit gutem Gewissen das Landeshaus zu betreten. Die Pförtner hier verdienen 6,05 Euro pro Stunde. Brutto natürlich... Wir bitten um Zustimmung für unseren Antrag.“

- Presseinformation Fraktion DIE LINKE,
8.10.10, gekürzt

Stahlabschluss: Leiharbeiter tariflich gleichgestellt

3,6 Prozent höhere Einkommen ab Oktober, die Gleichstellung von Leiharbeitern und Einmalzahlungen noch für September. Das ist das Verhandlungsergebnis, auf das sich IG Metall und Arbeitgeber in der Stahltarifrunde 2010 einigen konnten.

Dieser Abschluss kam unter für die IG-Metall günstigen Voraussetzungen zustande: Die Stahlbranche boomt in weiten Teilen, von den ca. 85 000 Beschäftigten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen. dort sind 77 000 in der IGM organisiert, das ist ein Organisationsgrad von rund 90 Prozent. Der Anteil der Leihbeschäftigte in der Branche beträgt ca. 3 000, bzw. rund. 3,5 Prozent der Belegschaften, ein eher niedriger Anteil. Für die Konzerne ist das leicht bezahlbar, es hat aber trotzdem Signalwirkung.

In der Pressemitteilung der IG Metall heißt es weiter: „Die Ausbildungsvergütungen werden überproportional in allen Ausbildungsjahren um 40 Euro erhöht. Die Laufzeit ist bis zum 31.10.2011. Für September 2010 gibt es eine Einmalzahlung von 150 Euro. Leiharbeiter erhalten in allen Betrieben der Stahlindustrie das gleiche Geld wie die Stammbeschäftigten. Wenn die Verleihfirma die Arbeit nicht gleich bezahlt, haftet das Stahlunternehmen gegenüber den Leiharbeitern.

- Politische Berichte10/10

Gründlich untersucht

Die Septemberstreiks von 1969

Im Langzeitgedächtnis auch der Herrschenden - Ein Vergleich von Karl-Helmut Lechner

Ein fairer Ausgleich?

Was reitet eigentlich unsere Regierungen, Meldungen wie diese zu produzieren: „Bundeswirtschaftsminister Rainer Brüderle hat sein Herz für den Arbeitnehmer entdeckt. ‚Wenn die Wirtschaft boomt, sind auch kräftige Lohnerhöhungen möglich‘, sagt der FDP-Mann - und nennt die deutsche Stahlindustrie als Vorbild. Dort haben sich die Tarifparteien jüngst auf eine Lohnerhöhung von 3,6 Prozent geeinigt. Dieser Abschluss habe laut Brüderle gezeigt, ‚dass ein fairer Ausgleich möglich ist, an dem sich vielleicht andere Branchen orientieren könnten.‘ „Den fleißigen Menschen in unserem Land gehört der Wirtschaftsaufschwung. Er sollte daher nicht an ihnen vorbeigehen“, sagte Brüderle der „Bild-Zeitung“. „Buchstabe für Buchstabe sieht das die Bundeskanzlerin auch so“, lässt Merkel ihren Regierungssprecher beipflichten. Brüderles Äußerungen seien eine „Beschreibung der gesamtwirtschaftlichen Landschaft“.

Sind diesen erklärten Vertretern des freien Marktes plötzlich „Herz-Jesu-Sozialisten“ geworden? Oder hat Berthold Huber, Vorsitzender der IG Metall, recht, wenn er im Editorial der METALL 11/2010 zum öffentlichen Lob über den Tarifabschluss in der Stahlindustrie schreibt: „Allerdings ist schon verwunderlich, wer alles in den Chor der Gratulanten einstimmt und ganz frisch ähnliche Abschlüsse für andere Branchen fordert. Es sind die Spitzenrepräsentanten der schwarz-gelben Bundesregierung, der aus eigener Kraft seit ihrem Amtsantritt keine Erfolge gelingen mögen. Wollen sich die Herren Brüderle usw. im Glanz erfolgreicher Gewerkschafter sonnen?“

Große Koalition und „Konzertierte Aktion“

Es gibt verblüffende Ähnlichkeiten der augenblicklichen Lage der Gewerkschaften mit der aus dem Jahre 1969 und dem damaligen taktischen Vorgehen der Herrschenden in ihrem Verhältnis zu Betrieben und Gewerkschaften, die unsere Erinnerung wachruft. Allerdings auch Differenzen.

Damals gab es die erste Große Koali-

tion. Sie hielt von Dezember 1966 bis zum 21. Oktober 1969. Ludwig Erhard war als Kanzler von seinen eigenen Leuten gestürzt worden. Kurt Georg Kiesinger (CDU) und Willy Brandt (SPD) bildeten die Regierung. Zum ersten Male in der Geschichte der BRD konnte die SPD Minister im Bund stellen. Unvergessen das Gespann von CSU-Strauß als Finanzminister und dem SPD-Professor Schiller als Wirtschaftsminister. „Plisch und Plum“ nannte die Presse sie liebevoll. Sie beschloss das „Stabilitäts- und Wachstumsgesetz“ im Sinne einer „Konzertierten Aktion“. Danach haben Bund und Länder das Recht, im Falle der Gefährdung ihrer Wirtschaftsziele Orientierungsdaten festzulegen, nach denen sich Gebietskörperschaften, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände richten müssen.

Den Gewerkschaften waren durch ihre gewollte Teilnahme an der „Konzertierten Aktion“ politisch die Hände gebunden. Nur die SPD hatte das erreichen können. Die Gewerkschaften waren in den wirtschaftlichen Krisenjahren 1967 und 1968 auf lang laufende Tarifvereinbarungen mit geringfügigen Lohnerhöhungen eingegangen.

Wie heute wurde dies im Wesentlichen damit begründet, sie dienten der Sicherung von Beschäftigung. So festgelegt, konnten sie legal nicht auf die veränderte wirtschaftliche Lage im Jahr 1969 mit eigenständigen Forderungen und Aktionen reagieren. Die in der Zeit der Großen Koalition eingeleitete Exportoffensive bescherte den Kapitalisten einen unerwartet schnellen Aufschwung und immense Profite.

Lohnstau und wilde Streiks

In der Folge kam es dem damals 1969 so genannten „Lohnstau“. Und damit zu den selbständigen Streiks, die sich gegen die SPD-orientierten Gewerkschaftsführungen organisieren mussten. Die durch die festgeschriebenen Vorgaben auferlegte Zurückhaltung der Gewerkschaften war für die Arbeiter nicht mehr auszuhalten. Diese, von der Presse „wild“ genannten Streiks veränderten die politische Landschaft der BRD erheblich.

Die Gewerkschaft als Dompteur

Es wurde offensichtlich - so die Polemik der Bourgeoisie - dass die Gewerkschaften ihrer Aufgabe als „Feuerwehr“ oder - wie es die Bild-Zeitung damals ausdrückte - als „Dompteur“ der Belegschaften in den Konzernen nicht gerecht würden. Wie sehr den Gewerkschaften durch die „Konzertierte Aktion“ politisch das Heft aus der Hand genommen war, las man im „Jahreswirtschaftsbericht 1969“. Er lobt die Gewerkschaften für ihre zurückhaltende Lohnpolitik und erklärt ausdrücklich, dass sich die Tarifierhöhungen mit ihren überlangen Laufzeiten „durchweg im Rahmen der durch die Jahresproduktion gegebenen Orientierungsdaten gehalten“ haben.

Damals stellte das „Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung“ Vergleichsermittlungen der Nettolohnquote zum ersten Halbjahr 1969 an. Ein Minus von 2% zu Ungunsten der Arbeiter und Angestellten war das Ergebnis der Analyse. „Die lohnpolitischen Konflikte dieses Monats sind ökonomisch als eine Bewegung zu bewerten, die auf einen Ausgleich der strukturellen Ungleichgewichte gerichtet ist.“ Otto Brenner, damals Vorsitzender der IG Metall, versucht später auf dem 8. DGB-Kongress diese Gewerkschaftspolitik zu rechtfertigen: „Die Tarifbewegungen wären „ohne bestehen der Konzertierten Aktion auf Grund der gegebenen realen Verhältnisse nicht anders abgelaufen, als sie tatsächlich abliefen“. Man habe sich nie am Gängelband der Konzertierten Aktion gefühlt. Der SPD Wirtschaftsminister Schiller erklärt hingegen kaltschnäuzig, worum es bei dem Erfolg der „Konzertierten Aktion“ ging: „Selbstverständlich verändern gemeinsam gebilligte Orientierungsdaten die Situation. Niemand kann mehr so handeln, als ob es sie nicht geben würde.“

Eigene Ziele mit Erfolg durchsetzen

Aber die Lohnabhängigen und Gewerkschaftler von 1969 hielten sich keineswegs an diese Vorgaben. Es war der Stolz vieler Belegschaften, dass sie selbständig mit ihren Vertrauensleuten und Betriebsräten eigene Ziele mit Erfolg durchsetzen konnten. So z.B. als im September 1969

in Bremen die Arbeiter und Angestellten der „Klößner Werke AG / Hütte Bremen“ in den Streik treten. Der Betriebsrat schreibt dazu: „Das Gesamtergebnis dieser Lohnbewegung ist auf die selbstbewusste Haltung der Stahlarbeiter zurückzuführen. Ein Lohn- und Gehaltserhöhung dieser Größenordnung hat es seit 20 Jahren nicht mehr gegeben.“ Die Beschäftigten erstritten sich 16 Prozent Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Die Streikbewegung des September 1969 hatte die gesamte BRD erfasst. In Broschüren von damals kann man folgende Zahlen finden: 69 Betriebe beteiligten sich; 140.000 KollegInnen nahmen an Streikaktionen teil; 532.308 Arbeitstag fielen durch Streik aus. Einige Beispiele: Angeführt wurde die Bewegung durch Betriebe aus der Stahl- und Metall-Industrie: Hoesch AG, Dortmund, mit 27.000 Streikenden. In der Oberpfalz, Maximilianshütte, streiken 3.600. Gefolgt von der Ruhrkohle AG mit 10.000 Beteiligten. In Ochtrup-Steinfurt streikten 1.500 bei den Laurenz Textilwerken. Bei den Howaldt Werken in Kiel streikten 7.000 Kolleginnen und Kollegen.

Nicht mehr SPD-treu

Längst redet keiner mehr von „Konzertierter Aktion“. Jeder würde sich den Mund verbrennen, weil die alten Erfahrungen im Langzeitgedächtnis der Akteure haften geblieben sind. Heute wird hingegen die Autonomie der Tarifparteien betont, um dafür die Gewerkschaften um so mehr in die Pflicht zu nehmen. Nichts ist in diesem Zusammenhang schlimmer für die Herrschenden, als wenn die Gewerkschaften in ihrer Bindung an die SPD der ihnen zugewiesenen Aufgabe als „Ordnungsfaktor“ nicht mehr gerecht werden. Es geht ihnen mit Hilfe der SPD um die Beherrschbarkeit der Betriebe.

Inzwischen sind die Zeiten vorbei, in der die Gewerkschaften nur einer Partei zugehören. Zunehmend binden sich viele aktive Gewerkschafter an andere Parteien. Zum Beispiel an die LINKE. Deshalb arbeiten die SPD, die Arbeitgeber und die Gewerkschaftsführungen intensiv daran, zu verhindern, dass diese Partei in die Rolle einer neuen Gewerkschaftspartei hineinwächst!

„Heißer Herbst“ - auch 2010 ?

Seit Monaten redet man gerne in den Betrieben, den Sozialen Bewegungen und in der LINKEN vom „Heißen Herbst“. Schaut man genauer hin, so könnte man

erkennen: Es ist ähnlich wie damals. Geht es nach den derzeit gültigen Tarifverträgen, so hat z.B. die IG Metall schlicht keine legale Gelegenheit, auf breiter Front den aktuellen Aufschwung in höhere Löhne umzumünzen. Die Verträge für die 3,4 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie, der wichtigsten Branche, laufen noch bis zum 31.

März 2012. Und der Lohnzuwachs für 2011 steht bereits fest: Ab April gibt es 2,7 Prozent mehr für die Metallarbeiter. Das in einer Klausel vereinbarte Vorziehen dieser Lohnerhöhung für den Fall, dass sich die wirtschaftliche Lage verbessert, ist aber „freiwillig“ und - laut IG Metall - rechtlich so formuliert, dass es nicht durch Streik erzwungen werden kann.

Hinzu kommt: Zahlreiche betriebliche Vereinbarungen über Interessenausgleich und Sozialplan mit erheblichem Abbau übertariflicher Leistungen zur Sicherung von Beschäftigung beginnen gerade erst ihre Wirkung zu entfalten. KollegInnen verlieren ihren Arbeitsplatz und lesen zugleich die Ad-hoc-Meldung aus der eigenen Konzernzentrale, dass die Gewinne steil steigen.

Damit können sich die Kolleginnen und Kollegen von heute aber nicht zufrieden geben. Sie müssen wiederum eigene Wege finden, aus diesen vertraglichen Bindungen herauszukommen, selbständige Forderungen aufzustellen und wirkungsvolle Aktionen einzuleiten. So fordert z.B. die METALL in der Novemberausgabe ihre Mitglieder auf, in Herbstaktivitäten „Auf die Straße (zu) gehen für ein gutes Leben!“ Also muss man als Wirtschaftsminister, wenn man klug ist, etwas den Dampf unter dem Deckel herauslassen und den KollegInnen in den Betrieben wenigstens das Gefühl geben, verstanden worden zu sein. Und zugleich kann er damit als Liberaler die Gewerkschaften, die sich mal wieder haben einbinden lassen, an ihrem Nasenring vorführen.

Damals wie heute und überall - die Neue Linke bildet sich

Otto Brenner, Vorsitzender der IG Metall, dem 1969 die Felle seiner an Schiller/Brandt und SPD gebundenen Politik davon geschwommen sind, macht ein interessante Beobachtung. Er erklärt



Köln 1974, Öffentlicher Dienst, Streikversammlung

am 12. September 1969, es habe sich deutlich gezeigt, „daß hier von politisch extrem orientierten Kräften der Versuch gemacht wurde, auf Kosten der Organisation und eines erheblichen Teils der gutgläubigen Arbeitnehmer ihr politisches Geschäft zu machen.“ Er witterte als neue „Feinde“, damalige neue Linke.

Bei den Streiks im Mai 1968 in Frankreich agierten zum ersten Mal Arbeiter und Studenten gemeinsam. Bisher galten Arbeiter und Angestellte für die Studentenbewegung als saturiert durch Konsum und ideologisch an die Herrschaftsverhältnisse gebunden. Dies änderte sich ab 1969 auch in Deutschland: Man wurde „ökologisch-grün“, Intellektuelle gingen in die Betriebe oder arbeiteten in Stadtteilen mit proletarischen Jugendlichen zusammen. Es bildeten sich alternative, sozialistische und kommunistische Gruppen, Zirkel und Organisationen. Staat und Konzerne bekamen diese Entwicklung in den folgenden Jahren deutlich zu spüren...

Schon 1973 hatte es in der BRD eine weitere Welle selbständiger Streiks gegeben. Auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sahen sich ermutigt, selbst wild zu streiken. Um das in den Griff zu bekommen, sah sich die ÖTV-Führung genötigt, „radikal“ tätig zu werden und verlangte ohne Kündigung der Tarifverträge ein volles 13. Monatsgehalt. Sie drohte trotz Friedenspflicht mit Streiks, um diese Forderung durchzusetzen. Dies allein reichte aus, um 1973 zusätzlich ein volles Weihnachtsgehalt durchzusetzen.

Im Februar 1974 zwang der Druck der in der Gewerkschaft „Öffentlicher Dienst, Transport und Verkehr“ (ÖTV) organisierten Kolleginnen und Kollegen ihren Vorsitzenden Heinz Kluncker gegen seinen ausdrücklichen Willen in einen Streik gegen die SPD-geführte Regierung unter

Willy Brandt. Damit durchbrach die ÖTV die staatlich verordnete Lohnleitlinie der SPD-Regierung. Drei Monate später im Mai 1974 erfolgte der Rücktritt von SPD-Kanzler Willi Brandt.

Leider dauerte es in den siebziger Jahren nicht lange, bis die Herrschenden mit großer Härte zurückschlugen. Ihre bekanntesten Maßnahmen waren ab 1972 Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote. Sie richteten sich gegen alle diejenigen, die die Kämpfe der Arbeiter unterstützt, die ihnen theoretische Kenntnisse über die wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge zu vermittelt und ihnen eine weiterführende Richtung für eine neue Gesellschaft gegeben hatten. Betroffen waren damals vor allem Kommunisten. Ganz gewiss kann sich in unseren Tagen da auch die LINKE nicht in Sicherheit wiegen.

- Karl-Helmut Lechner

Foto: Kieler Howaldt-Werft, September 1969: „Auf zum Yachtclub!“



Ein authentischer Bericht über die Septemberstreiks 1969 bei Howaldt-Werke-Deutsche Werft AG in Kiel, Auszüge

„Für gleiche Arbeit gleichen Lohn!“

Am Dienstag, dem 9. September, versammeln sich nach der Mittagspause im Werk Gaarden der Kieler Howaldt-Werft die Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude. Sie wollen, daß etwas geschieht. Endlich soll in Kiel gleicher Lohn für gleiche Arbeit gezahlt werden. Endlich wollen die Kieler Werftarbeiter das verdienen, was die Kollegen der Howaldt-Werft und der Deutschen Werft in Hamburg für die gleiche Arbeit erhalten (Lohngefälle etwa 38 Pfennig beim Effektivlohn und etwa 17 Pfennig beim Ecklohn). Von Hoesch haben sie gehört, wie dort erfolgreich gestreikt wird. Am Tag zuvor sind die Meldungen über den Streik bei Klöckner in Bremen und in Osnabrück bekannt geworden.

„Steig in die Bütt!“ - rufen sie ihrem Kollegen, dem Gerüstbauer Helmut Schlüter zu... Alle kennen ihn von seinem Auftreten auf Betriebsversammlungen in der Ostseehalle. Und Schlüter spricht zu den 1000 versammelten Kollegen... Aus dieser Situation ergeben sich die zwei konkreten Forderungen:

1. Voller Lohnangleich an die Hamburger Werften ab sofort.
2. Keine Anrechnung dieses Lohnangleichs auf bisherige übertarifliche Leistungen.

Nach der Mittagsversammlung vor dem Gebäude der Hauptverwaltung legen immer mehr Arbeiter die Arbeit nieder. Am Abend streiken im Werk Gaarden ca. 70 Prozent der Belegschaft. Am Mittwoch, dem 10. September, treten auch die Kollegen des Werkes Dietrichsdorf in den Streik. Die Streikbeteiligung in beiden Werken: mehr als 90 Prozent. Kurze Zeit später schließen die Arbeiter des kleineren Zweigwerkes Stahlbau Hassee sich an.

Eine Demonstration über 25 km

Welche Kampfaktik verfolgen die streikenden Arbeiter? Wie in zahlreichen anderen der im September bestreikten Betriebe ergibt sich auch in Kiel die Kampfform der faktischen Betriebsbesetzung. Die Streikenden - auch die außerhalb Kiels wohnenden - kommen in ihrer überwiegenden Mehrheit pünktlich zu den üblichen Schichtbeginn-Zeiten ins Werk. Sie tragen Arbeitszeug und stempeln die Zeit. Die Aufstellung von Streikposten wird angesichts der breiten Kampfteiligung

nicht für notwendig erachtet. In den großen Zweigwerken Gaarden und Dietrichsdorf werden regelmäßig Streikversammlungen abgehalten...

Auch die Kieler Streikenden wenden das Kampfmittel der Demonstration an, um eine breitere Öffentlichkeit mit ihren Forderungen bekannt zu machen. Die erste findet zwei Tage nach Streikbeginn statt. Sie führt vor den „Kieler Yacht Club“, wo Verhandlungen der Direktion mit der Gewerkschaft beginnen sollen. Als klar wird, daß die Verhandlungen auf später verschoben sind, ziehen die Streikenden zum Haus des Arbeitgeberverbandes. 3.000 Arbeiter demonstrieren auf dem Hinweg, auf dem Rückweg sind es noch 800, insgesamt eine Marschstrecke von 25 Kilometer zurückgelegt haben...

„Wir gehen jetzt zur Direktion - für gleiche Arbeit gleichen Lohn!“

Am selben Tag verteilt die Ortsverwaltung der IG Metall ein Flugblatt, das die Forderungen der Streikenden für berechtigt erklärt... Einen Tag später, am Freitag, dem 12. September, unterbreitet die Direktion ein völlig unzureichendes Angebot von 6 Pfennig Eckloohnerhöhung. Die Streikenden lehnen ab... Auch am 17. September lehnen die Streikenden ein unzureichendes Angebot der Direktion ab. Um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen, wird eine weitere Demonstration vorbereitet. Sie findet am 19. September statt und führt auf den Kieler Rathausplatz. Die Werftarbeiter kommen teilweise mit ihren Familien. Auch die Bevölkerung wird zur Teilnahme aufgefordert. Vor 8.000 Teilnehmern sprechen Delegierte der Streikenden, der Kieler Oberbürgermeister Bantzer, ein Vertreter der Studentenschaft und ein Vertreter des Sozialpfarramtes, das die Streikenden unterstützt...

Nun kommt ein Ergebnis zustande, das zwischen Betriebsrat und Direktion ausgehandelt worden ist:

1. 8 Pfennig akkordfähige Zulage auf den Ecklohn rückwirkend ab 1. September, weitere 4 Pfennig ab 1. Januar 1970.
2. Betriebliche Leistungen gelten durch den bestehenden Vertrag als abgesichert. Vergleicht man dieses Ergebnis mit den beiden ersten Angeboten der Unternehmensleitung, so muß von einem beachtlichen Erfolg gesprochen werden...

- Quelle: Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt/Main, 1969
- „Die Septemberstreiks. Auf den Arbeiter kommt es an!“

Kämpfen in Zeiten der Krise

Interview mit Wolfgang Erdmann, Betriebsratsmitglied der Jungheinrich AG, Werk Norderstedt, das Gespräch führte Karl-Helmut Lechner

Wolfgang Erdmann hat 1978 bei der Jungheinrich AG angefangen und ist bereits 1981 zum ersten Mal in den Betriebsrat im Jungheinrich-Werk Norderstedt gewählt worden. Als Jungheinrich 1990 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, war er als Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat von Anfang an dabei. Bis zum Ende seiner Amtsperiode in diesem Jahr war Erdmann Vorsitzender des Konzernbetriebsrates. Wir bringen Auszüge aus einem Interview, das Karl-Helmut Lechner, der selber 27 Jahre bei der Jungheinrich AG in Betriebsräten, im Aufsichtsrat und im Vertrauensleutkörper tätig war, führte.

Lechner: *Als Vorsitzender des Konzernbetriebsrates und im Aufsichtsrat warst Du zwar offiziell nur für die Kolleginnen und Kollegen innerhalb Deutschlands im Bereich der Aktiengesellschaft zuständig. Du hattest aber auch die Belegschaften in den anderen Ländern im Auge. Wenn man die gesamte Zahl der KollegInnen und Kollegen bei Jungheinrich betrachtet: Wie viele arbeiten in den Produktionswerken? Wie viele im Vertrieb und Service?*

Erdmann: Die aktuelle Beschäftigtenzahl von Jungheinrich liegt im Moment bei knapp Zehntausend. Davon arbeiten aktuell in Norderstedt 1.100, in Moosburg 900, in Landsberg 100, und im chinesischen Werk Qingpu 70. Der Rest ist beschäftigt in den zahlreichen Niederlassungen des Vertriebes oder im geringen Ausmaß in der Konzernzentrale, bzw. der Informatik in Hamburg. Also 2.070 in der Produktion, knapp 8.000 im Vertrieb und Service.

Lechner: *Das bedeutet doch, dass die Belegschaften sehr unterschiedlich arbeiten und damit unterschiedliche Interessen haben. Je nachdem, ob sie in der Produktion, im Verkauf oder im Service tätig sind?*

Erdmann: Die Belegschaften sind sehr unterschiedlich. Das kann man sich leicht vorstellen. Ein Werk ist geprägt von der Produktion und vom Entwicklungsbereich mit hauptsächlich Ingenieuren. Während der Vertrieb geprägt ist von Servicearbeitern und Verkäufern, also sehr kundennahen Tätigkeiten und kaufmännischen Tätigkeiten im Angestelltenbereich, gibt es darüber hinaus natürlich



Wir sind nicht JUNGHEINRICH, aber ohne uns ist JUNGHEINRICH nichts!
KollegInnen aus dem JUNGHEINRICH-Werk „besuchen“ am 15. September 2009 den Aufsichtsrat am Sitz der Konzernzentrale in Hamburg-Wandsbek

Belegschaftsgruppen wie die Informatiker und den Finanzbereich, wo fast ausschließlich Akademiker, wiederum mit anderer Ausbildung und anderen Einstellungen zu finden sind.

Lechner: *Können Betriebsräte und IG Metall bei einer so vielfältig und unterschiedlich strukturierten Belegschaft eine „Politik für alle“ machen? Gibt es da nicht auch oft gegenläufige Interessen z.B. zwischen den KollegInnen in den Werken und denen, die die Stapler verkaufen und reparieren sollen?*

Erdmann: Unser Ziel in den Interessenvertretungen war es immer, Standortkonkurrenz zu verhindern und die Interessen der gesamten Belegschaft zu vertreten. Trotz großer Differenzierung gibt es natürlich gemeinsame Interessen. Und die kann man konkret benennen: Erhalt und Schaffung von Arbeitsplätzen, Schaffung von Ausbildungsplätzen, Übernahme nach der Ausbildung. Da ist das Interesse an guten vielseitigen Arbeitsinhalten und natürlich, dafür arbeitet man ja, an einem guten und hohen Einkommen und auch an stabilen Sozialleistungen.

Wenn ich darüber hinaus noch Ansprüche hinzurechne auf demokratische Rechte, als Menschen geachtet zu werden und nicht nur als Kostenfaktor. Dass man gewerkschaftlich aktiv sein kann, ohne dafür benachteiligt zu werden. Auch die Forderung nach Datenschutz rechne ich dazu. Dann ist das insgesamt ein so großer Bereich an gemeinsamen Interessen, dass darauf eine Interessenvertretung gut fußen kann, so dass wir auch auf den

übergreifenden Ebenen wie IG Metall Gewerkschaftsarbeit oder Arbeit im Konzernbetriebsrat ganz viele gemeinsame Ansatzpunkte finden. Aber das funktioniert nur, wenn wir die Unterschiedlichkeit der einzelnen Belegschaften und Beschäftigtengruppen dabei nicht aus den Augen verlieren. Deswegen die basisnahe Arbeit der Einzelbetriebsräte. Und davon haben wir jetzt bei Jungheinrich 17 im Vertrieb, zwei in der Zentrale, einen im Ersatzteilbereich und drei in den Werken; d. h. insgesamt 23 Betriebsräte. Das ist die Basis jeglicher Interessenvertretung neben der Gewerkschaftsarbeit der IG Metall...

Lechner: *Jungheinrich ist tarifgebunden. Das war ja nicht immer selbstverständlich?*

Erdmann: Nein. Jungheinrich sollte aus Sicht der Eigentümer unabhängig sein von allem, also auch vom Arbeitgeberverband. Das hatte für die Belegschaft den riesigen Nachteil, dass Standards der Arbeit eben nur in freiwilligen Vereinbarungen gesichert waren und nicht durch die wesentlich rechtssichereren Tarifverträge. Insofern hat sich Anfang der 80er Jahre, und zwar konkret aus der Bewegung für die 35-Stunden-Woche heraus, eine betriebliche Tarifkommission gebildet, die mit Jungheinrich einen Haustarif abschließen wollte, in dem alle Standards der Manteltarifverträge, also auch der Arbeitszeiten, geregelt sind. Diese Verhandlungen wurden allerdings dadurch beendet, dass Jungheinrich dann doch einen solchen Haustarif als wesentlich ungüns-

tigerere Variante angesehen und es vorgezogen hat, 1985 dem Arbeitgeberverband Metall-Küste beizutreten.

Lechner: *Die tiefe Krise der vergangenen Jahre ist sicher auch an Jungheinrich nicht spurlos vorübergegangen?*

Erdmann: Nein. Die Krise ist besonders stark in dieser Branche der einfachen Rationalisierungsmittel zu spüren gewesen. Das ist traditionell schon immer so gewesen. Weil: Es ist keine langfristige Investition, die dann noch getätigt werden muss. Sondern jeder Unternehmer überlegt, ob er wirklich einen neuen Gabelstapler braucht, wenn die Umsätze einbrechen. Egal, ob das in der Produktion ist oder im Handel. Insofern sind die zyklischen Krisen besonders stark in unserer Branche zu spüren gewesen. Und auch diese Krise, die ja die heftigste seit 1929 war, hat zu einem Einbruch im Bereich der Flurförderzeugmärkte von über 40 Prozent geführt. Was natürlich bedeutet, dass in kürzester Frist 40 Prozent weniger Aufträge in den Werken vorhanden waren. Denn Gabelstapler werden heute nicht mehr auf Lager gefertigt, sondern nur noch auf Kundenbestellung. Das war natürlich ein dramatischer Einbruch der Arbeitsinhalte...

Lechner: *In absoluten Zahlen?*

Erdmann: Das bedeutete beispielsweise für ein Werk in Moosburg, dass von den 19.000 Gabelstaplern, die 2008 dort gefertigt wurden; plötzlich ein Jahr später nur noch knapp 9.000 gefertigt wurden. Also die Halbierung der Produktionsstückzahlen binnen einem Jahr. Insgesamt sank die Produktionszahl im Konzern von über 77.000 in 2008 auf nur noch 49.000 in 2009. ..

Lechner: *Wie waren die Überlegungen des Managements zu den Personalkosten?*

Erdmann: Interessant ist auf der einen Seite, wie die Produktionszahlen gesteigert werden sollten und auch umgesetzt wurden in konkrete Planung. Und wie aber gleichzeitig die Personalaufwände gesenkt wurden. Also auszudrücken beispielsweise im Personalaufwand zur Gesamtleistung, also einer bilanziellen Kennziffer, der Personalaufwandsquote. Sie betrug im Jahr 2000: 31,4% und im Jahr 2008 nur noch: 27,7%. Man sieht daran: Ausweitung der Produktion einerseits, Senkung der Kaufkraft und Konsumtionsmöglichkeiten andererseits...

Lechner: *Hat auch Jungheinrich, um die eigenen Gewinne zu sichern, mit Angriffen auf die Belegschaft - Verzicht auf Lohn, Rausschmiss von KollegInnen - reagiert?*

Erdmann: Zunächst muss man sagen, dass so ein Maschinenbauunternehmen

sofort in die Verluste rutscht im Bereich der Werke, nicht ausgelastete Werke verursachen Verluste. Insofern gab es, wie in den anderen Unternehmen auch, panische Reaktionen auf die Krise, und Strategien und Konzeptionen, die nicht nur als Druckmittel gegen die Belegschaften und Interessenvertretungen zu analysieren waren. Man musste befürchten, dass solche Panikreaktionen tatsächlich dann auch durchgeführt werden.

Um Beispiele zu nennen. Es wurde die Schließung von Werken überlegt. Es wurde die Fremdverlagerung von ganzen Produktionsbereichen in Billiglohnländer überlegt. Und es wurde die Streichung fast aller Sozialleistungen gefordert. Es wurden umfangreiche Entlassungswellen ins Auge gefasst. Das war Mitte 2009 eine katastrophale Situation, mit der sich die Interessenvertretungen konfrontiert sahen.

Lechner: *Als Vertrauensleute der IG Metall und als Betriebsräte habt Ihr Euch im Werk Norderstedt einiges an phantasiereichen Kampfschritten einfallen lassen.*

Erdmann: Ja, in Norderstedt und in den anderen Werken wurde als erste Reaktion, und zwar mit der Initiative des Betriebsrates, auf das Mittel Kurzarbeit gesetzt. Was dann ja auf Grund des Tarifvertrages verbunden ist mit einer Nicht-Kündigungszusage. So wurde zunächst Kurzarbeit durchgeführt. Was aber auch einen Verlust von Einkommen für die gesamte Belegschaft, Arbeiter und Angestellte bedeutet. Dann wurden Verhandlungen aufgenommen. Das entscheidende aber war, dass wir vom ersten Tag an eine Strategie hatten: „Mit uns sind keine betriebsbedingten Kündigungen zu machen!“ Das ist das entscheidende Ziel, das wir haben und das wir auch durchsetzen müssen. Das zweite Ziel war: Mit den Interessenvertretungen, und zwar egal wo, ob im Werk oder im Vertrieb oder in der Zentrale, wird es kein Aushebeln oder Aufweichen von Tarifverträgen geben. Mit diesen beiden Zielen wurden dann die Verhandlungen geführt und über den Konzernbetriebsrat koordiniert. Die Methode dabei musste sein, mit einer gut informierten und einbezogenen Belegschaft diese Verhandlungen zu führen. Denn wenn die Angriffe so sind, wie ich sie anfangs beschrieben habe, ist rein auf dem Verhandlungsweg nichts zu retten und



nichts zu machen. Insofern haben wir so viele Betriebsversammlungen und zusätzliche Versammlungen durchgeführt, wie noch nie zuvor, um jeweils die Belegschaft mit einzubeziehen in diese Auseinandersetzung.

Lechner: *Der Aufsichtsrat war doch derjenige, der entscheiden musste: Wie habt Ihr ihm Euer Anliegen nahe gebracht?*

Erdmann: Es ging um eine mögliche Schließung von Werken und Werksteilen. Die IG Metall hatte dann der Belegschaft den Vorschlag gemacht, zu einer Aufsichtsratssitzung in die Konzernzentrale zu fahren, am 15. September 2009. Um dort dem Vorstand und dem Aufsichtsrat, also auch den Eigentümer-Familien, die Sorgen und Nöte der Belegschaft, aber auch die Forderungen der Belegschaft vorzutragen. Sowohl die Teilnahme war ausgesprochen gut, als auch die Einmütigkeit von IG Metall, Betriebsrat und Belegschaft war vorbildlich. Diese Forderungen wurden von den Eigentümer-Familien dann auch ernst genommen. Und seit dem 15. September war dann die Schließung von Werken oder wesentlichen Werksteilen vom Tisch.

Lechner: *Gab es denn Gegenmeinungen in der Belegschaft und Widersprüche zu diesen Kampfstrategien?*

Erdmann: Die Mobilisierung ist immer schwierig in solchen Zeiten. Weil natürlich die Angst um den Arbeitsplatz riesengroß ist. Die Angst ist ja seit Agenda 2010 und der Bedrohung mit Hartz IV noch viel größer geworden. Nur, in der Belegschaft überwog die Meinung, man

muss kämpfen, weil man sonst in einer solchen Auseinandersetzung verloren hat. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass sich ein Widerstandskampf, und das ist eine Erfahrung schon aus den letzten Umstrukturierungen, auf Dauer nur bestehen läßt, wenn man klar strukturierte und sinnvolle eigene Konzeptionen hat, und diese den Unternehmer-Ideen und den Ideen von Unternehmensberatungen entgegenhält. Dann festigt sich in der Belegschaft der Eindruck, dass es lohnt, für so sinnvolle Dinge zu kämpfen. Das stimmt dann ja auch mit ihren eigenen kurzfristigen und langfristigen Interessen überein.

Lechner: *Und das Resultat? Kannst Du die wesentlichen Eckpunkte von Interessenausgleich und Sozialplan nennen?*

Erdmann: Das Resultat will ich nicht über den „grünen Klee“ loben.

- Das entscheidende war, dass wir insgesamt in Deutschland keine einzige betriebsbedingte Kündigung in der Krise zugelassen haben.

- Der erforderliche Personalabbau wurde dadurch geregelt, dass in unterschiedlichen Ausprägungen Möglichkeiten geschaffen haben, dass Kollegen unter materiell akzeptablen Bedingungen freiwillig das Unternehmen verlassen konnten. Hauptsächlich in Richtung Rente.

- Die neue Möglichkeit des Sozialgesetzbuches von „Transfergesellschaften“ wurde dabei genutzt, aber nicht um Personal reibungsloser zu entlassen, sondern um Zeit zu überbrücken.

- Für diese zusätzlich zur Kurzarbeit getroffene Regelung der Kapazitätsabsenkung erhielt die restliche Belegschaft im Gegenzug eine Beschäftigungsgarantie bis Ende 2014.

- Tarifverträge oder überbetriebliche Sozialleistungen wurden nicht angetastet.

- Das Problematische an diesen unter erheblichem Erpressungsdruck zustande gekommenen Verhandlungsergebnissen ist sicherlich, dass einiges zurück gefahren wurde an betrieblichen Errungenschaften, die wir in guten Zeiten mühselig erkämpft haben. Wir haben daraus die Schlussfolgerung für die Zukunft gezogen, dass wir nie nachlassen dürfen in guten Zeiten, materielle Fortschritte zu erkämpfen.

Lechner: *In den Ad-hoc-Meldungen, die Jungheinrich herausgibt, kann man jetzt lesen, Jungheinrich habe die Krise überwunden, sich erholt, ja, Jungheinrich mache wieder Gewinne?*

Erdmann: Festzustellen ist, dass seit Anfang diesen Jahres in der Branche wie-

Wozu Gabelstapler?

Gabelstapler rationalisieren den Transport von Waren und entlasten den Arbeiter beim Bewegen von Lasten. Allererste Gabelstapler gab es schon im Ersten Weltkrieg und im Zweiten Weltkrieg wurden Gabelstapler und Paletten bereits von den USA in großem Umfang zur Versorgung ihrer Truppen eingesetzt. Dies hat den Impuls zur Gründung der Firma Jungheinrich 1953 in Hamburg gegeben, die nun im Zivilbereich Waren aus schneller transportieren konnte.

Es begann mit von Hand zu ziehenden Wagen, ging weiter mit Elektrokarren mit Mitfahrplattform, eingesetzt als Schlepper, dann kamen die ersten richtigen Elektro-Gabelstapler, Schubmaststapler und ab 1958 auch Diesel-Stapler. Bald darauf wurden gleichartige Waren auf eine Palette und diese auf den Gabelstapler gestellt, so dass der Warenumschlag - ähnlich wie einige Jahrzehnte später durch die Container - enorm beschleunigt werden konnte. Es folgte die Verbesserung durch sehr starke Motoren und durch eine Hydraulik, die mit sehr kleinen Bauabmessungen von Zylindern sehr große Kräfte in ein Gerät einbringen kann.

Die Geräte werden im Freien genauso wie in Hallen eingesetzt. Dabei unterscheidet man grundsätzlich zwischen Diesel getriebenen Gabelstaplern für den Außen-Einsatz und elektrischen Staplern ohne Abgase, die innerhalb großer Lagerhallen genutzt werden. Die Modelle wurden immer wieder den besonderen Bedürfnissen der privaten und industriellen Kunden angepasst. In der Lebensmittelindustrie dürfen z.B. nur solche eingesetzt werden, die minimal Schmutz ausstoßen, und chemische Bereiche erfordern ein „ex-geschütztes“ (explosionsgeschütztes) Modell. Wenn Container im Hafen bewegt werden sollen, muss ein Stapler total anders ausgestaltet sein, als wenn Waren im Supermarkt transportiert werden müssen.

Seitdem es die Verteilzentren großer Lebensmittel- und Möbelketten gibt, werden auf relativ kleiner Fläche möglichst große Mengen gelagert. Eine Einstapelung per Hand in zwölf Meter Höhe ist überhaupt nicht mehr denkbar. Dafür hat die Jungheinrich AG nicht nur die entsprechenden elektronische Stapelhilfen entwickelt sondern zusätzlich auch die Regal- und Lagertechnik.

- Karl-Helmut Lechner

der ein sehr starkes Wachstum vorhanden ist. Das hat dazu geführt, dass beispielsweise im Werk Norderstedt seit dem 1. Juni die Kurzarbeit ausgesetzt werden konnte und erstaunlicherweise jetzt auch wieder Samstag-Arbeit benötigt wird. Seit August werden schon wieder die ersten Leihkräfte benötigt, um das gesamte Volumen der Aufträge abarbeiten zu können...

Lechner: *Noch ist der Interessenausgleich nicht abgearbeitet; da hört man, dass Jungheinrich beim Betriebsrat Überstundenanträge stellt und Leihleute beschäftigen will: Muss das nicht wie eine Provokation auf die KollegInnen wirken, die sich auf einen Interessenausgleich und Sozialplan, auf Verzicht und Stellenabbau eingelassen haben?*

Erdmann: Nun haben die Auswirkungen des Aufschwunges ja jetzt erst im Juni begonnen. Durch Aussetzung der Kurzarbeit und Einstellung der ersten Leihkräfte.

Zwei Dinge muss man erwähnen: Der Betriebsrat in Norderstedt hat, sobald die Firma Anträge gestellt hat in Richtung Mehrarbeit oder Leihkräfte, also die Mitbestimmung des Betriebsrates ins Spiel

kam, sofort Gegenforderungen aufgestellt und durchgesetzt. Sowohl, was das Zurückkämpfen von verbesserten Arbeitszeiten als auch verbesserte Bezahlung der Leihkräfte angeht. Ich denke, dies weist in die richtige Richtung.

Wir müssen in den nächsten Wochen eine systematische Diskussion beginnen, was die Forderungen der Gewerkschafter, der Betriebsräte und der Belegschaften sind, in einer Situation, wo die Gewinne wieder hoch laufen. Und das muss dann umgesetzt werden in harte Interessenvertretung.

Lechner: *Dann werdet Ihr ja einen kämpferischen Herbst und Winter vor Euch haben?*

Erdmann: Unsere Strategie muss im September stehen. Denn, allerspätestens im Dezember werden die Auseinandersetzungen losgehen. Es wird ein heißer Herbst und Winter!

Lechner: Herzlichen Dank für das Gespräch.

Veröffentlicht in
„Politische Berichte“ 9/10,
„Gegenwind“ 10/10
„Unsere Zeit“ 1.10.10

Aus Kreisen und Arbeitsgemeinschaften

Die Linke und der Christopher-Street-Day

Nachdenkliches von Marco Höne, LAG Queer

LAG Quer

DIE LINKE muss noch begreifen, dass der christopher-Street-Day (CSD) und die mit ihm verbundene Politik ein linkes Kernanliegen ist. Bisher ist das Engagement zu sehr von Einzelpersonen abhängig.

Ein 1. Mai ohne DIE LINKE? Unvorstellbar! Bei den jährlichen Demonstrationen von Schwulen und Lesben für Gleichberechtigung und Akzeptanz ist DIE LINKE jedoch nicht selbstverständlich vertreten, wie ein Rückblick auf die CSD-Saison in Schleswig Holstein zeigt.

Der CSD wird von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und Transgendern alljährlich veranstaltet, um gegen die Diskriminierung und Ausgrenzung zu demonstrieren. In seiner Tradition erinnert der Tag, der kein festes Datum besitzt, an den ersten bekannt gewordenen Aufstand von sexuellen Minderheiten gegen erlittene Polizeiwillkür in der New Yorker Christopher Street. In Schleswig Holstein fanden dieses Jahr zwei CSD statt. Am 5. Juni in Kiel und am 14. August in Lübeck.

In Kiel tat sich die Ratsfraktion der Linkspartei durch ihr Engagement hervor. Während die Partei im Allgemeinen desinteressiert war, wurde von unseren Ratsherren und -Frauen wichtiges geleistet. Die Demonstration war dominiert von dem Wagen der Traum GmbH, welcher vornehmlich der Werbung für die dort stattfindende Partys diente. Die Linke stellte hier den einzigen Wagen mit politischem Inhalt, was sie dadurch verdeutlichte, dass mit dem Engagement gleichzeitig eine entsprechende Anti-Diskriminierungs-Initiative im Rat verbunden wurde.

Die Teilnehmer des CSD reagierten ausgesprochen positiv und waren sehr an den verteilten Infomaterial interessiert. Zudem der CSD in Kiel organisatorische Probleme hatte und die entschiedene Teilnahme der Linksfraktion so stützend wirkte, konnte die Partei sich ganz klar als der maßgebliche Agent in Fragen der Minderheitenpolitik profilieren. Es war jedoch schade, dass die Ratsfraktion mit

ihrem Einsatz alleine stand.

Auch in Lübeck beteiligte sich die Linke mit einem gewissen Pflichtbewusstsein an der Demonstration. Zwischen der im Gegensatz zu Kiel deutlich größeren Schar an Demonstranten war eine kleine Gruppe von der LINKEN auszumachen, die zwischen den Wagen der Deutschen Bank und der SPD ihre Fahnen trugen, im allgemeinen Bild aber völlig unterging. Im Gegensatz zu der Ratsfraktion in Kiel zeigte man aber auch im Vorfeld wenig Interesse beispielsweise mit der LAG Queer zusammenzuarbeiten. Zwar war es eine Selbstverständlichkeit an der Demonstration teilzunehmen und auf dem anschließenden Straßenfest war DIE LINKE auch mit einem Stand vertreten, aber der Anspruch progressiver und offener als andere Parteien zu sein, konnte hier nicht unterstrichen werden.

Ein Blick ins Nachbarland Hamburg offenbart jedoch, wie schlecht es teilweise in der Partei um diese Positionen bestellt sein kann. Dort wurde der CSD am 7. August von Mariela Castro angeführt. Ihr folgten kommerzielle Wagen von der Deutschen Bank und Unternehmen wie "Dildo King" sowie politische Wagen von Jusos oder der FDP, die es sich nehmen ließ den kubanischen Gast auf Transparenten zu beschimpfen. Auf dem anschließenden Straßenfest war dann auch ein Stand der konservativ und gestrigen CDU zu finden. DIE LINKE war nirgends zu entdecken. In Hamburg hatte die Partei schlicht nicht das geringste Interesse gezeigt teilzunehmen.

Ein Anruf im Vorfelde deckte das Problem auf, dass als Extrembeispiel für das mangelnde Bewusstsein in der Partei gesehen werden kann. Auf Nachfrage wurde mitgeteilt, dass die homosexuellen Mitglieder der Partei "irgendwie nichts gemacht hätten". Es ist ein großes Missverständnis zu glauben Minderheitenpolitik wäre nur eine Angelegenheit der betroffenen Minorität! Der CSD ist ein Kampftag für die Freiheit. Es geht nicht nur darum, dass sexuelle Minderheiten ihre Rechte einfordern. Es geht darum, wie wir uns als Gesellschaft begreifen. Wir wollen in einer Gesellschaft von freien und gleichen Menschen leben. Um

dies zu erreichen, muss ein jeder sich dafür einsetzen, dass diese Maxime auch für jeden gilt. Niemand weiß das besser als DIE LINKE. Unsere Partei steht in einer Traditionslinie mit einer Frau wie Rosa Luxemburg. Sie erkannte bereits vor etwa 100 Jahren, dass die Freiheit des Einzelnen erst durch die Freiheit des Anderen zur Gewissheit wird. Dementsprechend sollte DIE LINKE sich in ihrem öffentlichen Engagement nicht auf Gewerkschaftsdemos reduzieren lassen, sondern sich gerade auch beim CSD und ähnlichen Veranstaltungen in den Vordergrund stellen. Solidarität ist kein ökonomisch determinierter Wert. Ein Linker muss allen Menschen, die in ungerechter Weise systematisch diskriminiert und ausgegrenzt werden zur Seite stehen, damit wir unseren gesellschaftlichen Auftrag und unsere politische Vision konsequent vertreten können.

- Bericht vom 26.10.10.

Kreis Nord-Friesland

**Was wir wollen,
woher wir kommen**

„Einführung die Programmdebatte“

Am 12. September 2010 führte der Kreisverband Nordfriesland ein Bildungsseminar unter dem Motto „Was wir wollen, woher wir kommen“ durch, das das Netzwerk Politische Bildung des Landesverband Schleswig-Holstein den Gliederungen der Partei zur Programmdebatte anbot. Gösta Beutin, Mitglied des Landesvorstandes, sorgte für das Gelingen eines spannenden und lehrreichen Seminars in Husum...

Schwerpunkt des mehrteiligen Seminars bilden die Entwicklung des Sozialismus, die Auseinandersetzung mit den Klassikern, die Strömungen in der sozialistischen Bewegung und schließlich die inhaltliche Auseinandersetzungen zu verschiedenen Programmpunkten. Über die Vorstellung von Klassikern und deren Positionen oder bestimmte geschichtliche Entwicklungstendenzen des Sozialismus erarbeiteten sich die Teilnehmer in einen gemeinsamen Wissensstand

Kreis Stormarn

Programm debatte *mach mit!*

und ein Verständnis für Zusammenhänge. Vortrag, Gruppenarbeit und Diskussion bestimmten den formalen Ablauf des Seminars...

DIE LINKE kämpft für den Antifaschismus, lehnt aber jegliche totalitäre Herrschaftssysteme ab. Trotz einiger fortschrittlicher Entwicklungen in der DDR, z. B. Vollbeschäftigung, Antifaschismus, Friedenspolitik oder Gleichberechtigung, kann die Gesellschaftsordnung der DDR auch kein Vorbild für einen Demokratischen Sozialismus sein...

Die Friedens-, die Studenten- und die Umweltbewegung in Westdeutschland und einigen anderen Ländern hatte neue weiterführende Impulse im Sinne eines Demokratischen Sozialismus hervorgebracht...

Zunehmende Arbeitslosigkeit und der damit einhergehende Sozialabbau führten schließlich in Deutschland 2003 und 2004 zu Massenkundgebungen, zu den neuen Montagsdemonstrationen, den Hartz-IV-Protesten. Diese Entwicklung war dann auch der Anlass zur Gründung der WASG. PDS und WASG vereinigten sich wenig später zur Partei DIE LINKE.

Der vorliegende Programmentwurf wurde grundsätzlich, nicht zuletzt wegen der klaren Sprache, positiv bewertet. Die bekannten Stellungnahmen aus der Partei konnten wegen gelegentlich abstrakter Aussagen und Folgerungen nicht alle Teilnehmer überzeugen. Über den Programmentwurf hinaus besteht Diskussions- und Klärungsbedarf offensichtlich beispielsweise noch zur Eigentumsfrage oder auch zur Unterstützung von oppositionellen Bewegungen im Ausland. Der Aufbau einer solidarischen Gesellschaftsordnung muss jedenfalls energisch vorangetrieben werden. Der Auf- und Ausbau einer Gegenöffentlichkeit ist dazu unverzichtbar. Im Parteileben müssen sich die Vorstellungen über eine neue Gesellschaft schon jetzt widerspiegeln. Solidarität, Transparenz und Bildungsbereitschaft sind dabei ganz wesentliche Aspekte.

- Klaus Peters, 27.9.10, gekürzt

Programmdebatte in Glinde

Veranstaltung mit Ekkehard Lieber am 16.09.2010

Das SALZ S-H in Zusammenarbeit mit den Kreisen Kiel und Stormarn führen in diesem Herbst eine 3teilige Veranstaltungsreihe zur Krise durch. Den Auftakt machte dabei Ekkehard Lieberam aus Leipzig (Marxistisches Forum Sachsen) mit einem Vortrag zum Programmentwurf unserer Partei. Zu allererst machte er deutlich, dass der vorliegende Programmentwurf ganz gut gelungen und unbedingt verteidigungswürdig ist.

Prognose - Analyse - Ausrichtung

Bevor ein Programm aufgestellt wird ist es notwendig.

- eine Lageanalyse zu erstellen (Ist-Zustand),
- anschließend eine Prognose für die Zukunft zu wagen (Soll-Zustand)
- um dann zu einer politischen Ausrichtung zu gelangen (Vom Ist-Zustand zum Soll-Zustand).

Diese drei Punkte sollen sich im Parteiprogramm wieder finden, damit jeder nachvollziehen kann, wozu ein Parteiprogramm überhaupt wichtig ist und damit eine Basis für das zielgerichtete Handeln geschaffen ist.

In der Lageanalyse muss die Situation der Arbeiterklasse dargestellt werden. Jeder Arbeitnehmer arbeitet um sich und seine Familie zu ernähren. Es bleibt ihm auch nichts anderes übrig, da er keinen Besitz an Produktionsmitteln hat. Als nächstes ist es wichtig, den Leuten auf den Mund zu schauen, um zu erfahren, was sie bewegt, wo sie nach Lösungen suchen und warum. Daraus kann ein Verständnis der eigenen Lage abgeleitet werden. Am Ende steht die Analyse des politischen Kräfteverhältnisses in der politischen Auseinandersetzung mit den herrschenden Parteien.

Um eine Prognose zu erstellen, muss aufgezeigt werden, wie sich der Kapitalismus entwickeln wird. Auch im Alltag spüren wir, dass die Lebensverhältnisse sich immer mehr für die Arbeitnehmer verschlechtern. Der tägliche Kampf ums Überleben wird härter und anstrengender, es ist nicht verwunderlich, dass einige deshalb ein bedingungsloses Grundeinkommen fordern. Dabei darf nicht übersehen werden, dass der Gegner, die Besitzer von Produktionsmitteln und ihre Verbündeten, nichts freiwillig hergeben werden.

Wie sich die Partei aufstellen sollte

Auf jeden Fall soll ein gesellschaftlicher Widerstand gegen die herrschende Klasse unterstützt werden. Langfristig müssen die gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse geändert werden.

In der anschließenden Diskussion ging es um den Klassenbegriff. Wer gehört zur Arbeiterklasse? Sind Manager und Führungskräfte auch Arbeiter? Was ist mit Akademikern? Ekkehard erläuterte, dass im marxistischen Sinn auch Schüler, Studenten, Rentner, Arbeitssuchende und Kranke zur Arbeiterklasse gehören, solange sie keine anderen Einkünfte außer dem Verkauf ihrer Arbeitskraft beziehen. Manager also auch, nur dass diese meist im Sinne unseres Gegners handeln. Danach ging es um die Vielen, denen es nicht gut geht, die sich aber nicht einbringen. Das muss Aufgabe der Linken sein, die prekär Beschäftigten, die Arbeitslosen, die Billiglöhner politisch zu aktivieren.

Zum politischen Kräfteverhältnis kam die Bemerkung aus dem Publikum, dass die Linke sich nicht an ein Bündnis ranhängen darf, sondern eigene Positionen entwickeln und darauf beharren muss. Als Beispiel wurde die gescheiterte Schulreform in Hamburg genannt, wo die Linke sich auf die Seite der herrschenden Parteien geschlagen und ansonsten nicht viel gemacht hat. Die eigene Position der Partei sei dabei etwas untergegangen. Allgemeine Verwunderung löste Stuttgart 21 aus. Um gegen einen Bahnhof zu demonstrieren, gehen mehr Leute auf die Straße als gegen das kommunale Sparpaket oder Rente mit 67.

Am Ende wurde darauf hingewiesen, dass viele Ingenieure, Entwickler, gut ausgebildete Facharbeiter sich deutlich vom Prökariat abzugrenzen versuchen und nicht Arbeiter sein wollen. Diese Tendenz ist ihr Verderben, denn sie stehen der Unterschicht näher als sie wahrhaben wollen und der Oberschicht ferner als sie denken. Der Aufstieg in die Oberschicht ist um ein Vielfaches schwieriger als das Abrutschen in die Unterschicht. Deshalb sollten sich alle Nichtbesitzer von Produktionsmitteln zusammenschließen und sich gemeinsam gegen den Gegner zur Wehr setzen anstatt sich spalten zu lassen.

- Martina Bornstein, 24.10.10. leicht gekürzt



Neues Wahlkreisbüro in Bad Oldesloe eröffnet

Am Mittwoch, den 3.11.2010 um 15.00 Uhr eröffnete **Cornelia Möhring**, frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, in der Bahnhofstr.11, Bad Oldesloe ihr neues Wahlkreisbüro. Im neu eröffneten Wahlkreisbüro werden Cornelia Möhring und ihre Mitarbeiterin **Silke Mahrt** regelmäßig BürgerInnensprechstunden und Sozialberatungen durchführen, ab sofort ist das Büro montags, mittwochs und donnerstags geöffnet.

"Mein Wahlkreisbüro soll Anlaufstelle für alle Bürgerinnen und Bürger sowie die VertreterInnen von Vereinen und Initiativen sein, die sich einmal über die Arbeit der LINKEN im Bundestag informieren wollen. Gleichzeitig nehme ich von dort auch gerne Anregungen und Wünsche für meine Arbeit im Bundestag mit. Meine Sommertour durch Stormarn hat mir gezeigt, wie viele interessante Menschen und Projekte es in diesem Kreis gibt. Besonders freue ich mich natürlich als frauenpolitische Sprecherin auch darüber, dass mein Büro in unmittelbarer Nähe des Bella Donna Hauses liegt. Das Engagement der Frauen dort finde ich bewundernswert", so Cornelia Möhring

Zahlreiche Gäste erschienen zur Eröffnung des neuen Wahlkreisbüros. Neben bekannten Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Stormarn kam auch Edda Lechner von der Redaktion „Info DIE LINKE SH“, um sich zu informieren und Fotos zu machen (s. oben). Doch nicht nur Parteimitglieder fanden den Weg. Auch die Stormarner Grünen und der DGB gehörten zu den Gratulanten, hat doch Cornelia Möhring als einzige Bundestagsabgeordnete ihr Büro in der Kreisstadt. Die Frauen des Bella Donna Hauses und des Vereins "Frauen helfen Frauen" freuten sich über die neue Nachbarin und brachten neben Blumen auch die Einladung zu einem Benefiz-Konzert am 14.11. um 18 Uhr in der Peter-Paul-Kirche vorbei. Damit soll versucht werden, einen Teil der Kürzungen der Landesregierung bei den Frauenberatungsstellen aufzufangen. Auch Bürgerinnen und Bürger der Stadt schauten kurz vorbei und suchten das Gespräch mit der Bundestagsabgeordneten. Ebenso die Vermieterin, die dem neuen Büro "viele Besucherinnen und Besucher" wüschte.

Der Anfang ist gemacht.

- Bericht vom 10. Nov. 2010

Stadt will „Billig-Polizei“ - SPD, GALiN, DIE LINKE dagegen

NORDERSTEDT. Der Einsatz eines privaten Sicherheitsdienstes im Umfeld des U-Bahnhofes Norderstedt-Mitte sorgt für erhebliche Diskussionen bei den Norderstedter Parteien. Die Vorsitzenden der SPD, der Partei Die Linke und der Wählergemeinschaft GALiN kritisieren das Vorgehen des Kriminalpräventiven Rates und fordern die Kontrolle des Bahnhofsumfeldes in die alleinige Zuständigkeit der Norderstedter Polizei zu geben.

Der Einsatz des privaten Wachunternehmens ist mit den Parteien in der Stadtvertretung zu keinem Zeitpunkt abgestimmt worden. Die vorliegende Kriminalstatistik zeigt im Bereich des U-Bahnhofes keine Auffälligkeiten. Und das Sicherheitsempfinden der Bürger hat auch nichts mit der tatsächlichen Sicherheitslage zu tun. Die Entscheidung - ein „reines Verwaltungsverfahren“ - löste eine erhebliche Diskussion unter den Bürgern und eine Reihe von Fragen an die Stadtvertreter aus. Von vorbehaltloser Begeisterung war nichts zu hören. Im Gegenteil: es überwiegt die Frage, wieso diese

Kreis Segeberg

600.000 Euro den Eltern und Geschwistern geben!

Der Kreis Segeberg hatte schon ab Juni diesen Jahres eine erhebliche Kürzung des Rabattes für Geschwister in Kindertagesstätten angedroht, das Thema aber immer wieder beraten und zuletzt am 11. November die Abstimmung im Kreistag verschoben...

Der Vorsitzender Heinz-Michael Kittler von der Kreistagsfraktion DIE LINKE hält es für unzumutbar, ausgerechnet Eltern mit mehreren Kindern besonders zu belasten. Zur Zeit beträgt der Rabatt für das zweite Kind 30% und jedes weitere 100%. „Da wir uns im Kreis Segeberg in einem der Kreise mit den höchsten Elternbeiträgen bundesweit befinden, ist dieser Rabatt notwendig. Ganztags-Kita-Plätze kosten häufig über 200 Euro und Krippenplätze häufig über 400 Euro. Wenn ab 2011 der Rabatt für Geschwister bis auf ein Minimum entfallen würde, kämen die Eltern ohne Geschwisterrabatt auf eine zu zahlende Summe von über 800 Euro. Zuzüglich Verpflegungsgeld sind das dann etwa 1.000 Euro monatlich!

Es geht um gut 600.000 Euro, die der Kreis allein in diesem Punkt auf dem Rücken der Eltern einsparen will. Gleichzeitig wurde von Schwarz/Gelb einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft eine halbe Million zugeschoben... Kittler und DIE LINKE sind empört: "Das passt alles nicht zusammen und trifft auf unseren erbitterten Widerstand."

- Kreistagsfraktion Segeberg, 29.10.10.

Arbeit nicht von gut ausgebildeten und unabhängig handelnden Polizeibeamten gemacht wird...

Laut Miro Berbig von LINKEN seien Streifengänge laut Gesetz „hoheitliches Handeln“, das alleine der Polizei und den Ordnungsbehörden vorbehalten bleibe. Ein privater Sicherheitsdienst benötige - laut Schreiben vom Innenministerium an Städte und Gemeinden - für seine bloße Anwesenheit auf öffentlichen Straßen und Plätzen eine rechtliche Grundlage, die es jedoch nicht gebe...

- Politische Berichte 9/10

und Infoarchiv Norderstedt

Kreis Pinneberg

Kommunale Selbstverwaltung - demokratischer Grundwert

Die Verschuldung der kommunalen Haushalte ist nicht die Folge überbordender Ausgabenlust von Kommunalpolitikern und Verwaltung. Sie ist in erster Linie Folge dramatisch rückläufiger Einnahmen. Die Einnahmen aus Gewerbesteuer sind infolge der Krise auf breiter Front eingebrochen, Mindereinnahmen infolge des Wachstumbeschleunigungsgesetzes, Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs um 120 Millionen jährlich schon durch die Carstensen-Stegner-Koalition usw. usf.

Etwa 90 % kommunaler Ausgaben gehen auf das Konto sogenannter Pflichtaufgaben, die den Kommunen bereits durch EU, Bund und Land auferlegt sind. Wenn ausgerechnet die CDU jetzt das Konnexitätsprinzip entdeckt ist das purste Heuchelei. Eine kommunale Schuldenbremse ist nichts weniger als der Schutz vor Aufbüdung weiterer Lasten.

DIE LINKE tritt für ein Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrecht der Kommunen in allen Fragen, die sie betreffen, ein - und das auf allen politischen Ebenen.

- Kreisverband Pinneberg 4. 9.2010



Infostand Herzogtum Lauenburg

Kreis Rendsburg- Eckernförde

Fraktion und Kreis gegen Neo-Nazis

DIE LINKE in Rendsburg und die Antifa hatten für den 28.08.2010 um 9.00 Uhr zu einer Kundgebung gegen den „erlaubten“ Infotisch der NPD-nahen Gruppe „Freie Nationalisten Rendsburg“ auf dem Schiffbrückenplatz aufgerufen. „Bereits in der Vergangenheit waren solche Infotische Ausgangspunkt von Gewalt gegen Antifaschisten,“ äußerte sich der Ortssprecher der Partei DIE LINKE in Rendsburg, **Samuel Rothberger**, empört. „Es ist längst überfällig, dass rechtsextreme Organisationen wie die NPD verboten werden.“ Auch **Volker Lindenau**, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion im Rendsburger Ratsversammlung forderte: „Es muss verhindert werden, dass Neonazis ihre menschenverachtende Propaganda verbreiten“.

So demonstriert DIE LINKE in Rendsburg am Samstag, den 28.08.2010, auf dem Theatervorplatz von 9.00 bis 11.00 Uhr gemeinsam mit Gewerkschaften, anderen politischen Gruppen und engagierten Bürgerinnen und Bürgen friedlich gegen die Kundgebung der NPD-nahen Gruppe „Freie Nationalisten Rendsburg“.

. Unter den Anwesenden befand sich auch der Bürgermeister der Stadt Rendsburg, **Andreas Breitter**.

„Es ist sehr erfreulich,“ sagte **Samuel Rothberger**, „dass die Menschen in der Stadt Rendsburg die Verbreitung von rechtsextremer Propaganda nicht so einfach hinnehmen. Weniger erfreulich finde ich jedoch, dass es am Rande der Kundgebung der Rechtsextremen auf dem Schiffbrückenplatz zu Konflikten zwischen Antifaschisten und der Polizei kam. Meiner Ansicht nach war das Vorgehen der Polizeibeamten gegen die Kritiker der Neonazis unverhältnismäßig. Ich habe selber gesehen, wie mehrere Polizeibeamte einen jungen Mann wegen einer geringfügigen Störung erst brutal zu Boden drückten und dann abführten.“

„DIE LINKE wird sich auch in Zukunft gegen jeglichen Versuch stellen, antifaschistischen Protest und Zivilcourage zu kriminalisieren“, sagte **Stefan Karstens**, Sprecher des Kreisverbandes Rendsburg-Eckernförde der Partei DIE LINKE.

- Bericht vom 26. und 29. August 2010

Kreis Herzogtum Lauenburg

Atomkraft ? Nicht noch länger !

DIE LINKE im Kreis Herzogtum Lauenburg lehnt die von der schwarz-gelben Regierungskoalition beschlossene Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke entschieden ab. Für den Pannereaktor in Krümmel könnte das neue Gesetz theoretisch ein Weiterbetrieb bis 2035 bedeuten. Dabei habe eine im Oktober veröffentlichte Studie des Instituts für Sicherheits- und Risikowissenschaften in Wien gezeigt, dass gerade die Siedewasserreaktoren der Baureihe 69, zu der das AKW Krümmel und der Reaktor in Brunsbüttel gehören, erhebliche sicherheitstechnische Schwachstellen aufweisen, die auch durch eine Nachrüstung nicht behoben werden können. Die geplante Wiederinbetriebnahme der beiden Schrottmehler müsse nach Ansicht der LINKEN deshalb verhindert werden.

„Allein durch die Laufzeitverlängerung werden in Deutschland ca. 4.000 t zusätzlicher Atommüll produziert“, gibt der Kreisverbandssprecher der Linken **Volker Hutfils** zu bedenken. „Und das obwohl die Entsorgungsfrage immer noch völlig ungeklärt ist. Das abgesoffene Endlager Asse II und der Einsturz gefährdete Schacht Konrad haben gezeigt, dass wir Atommüll nicht mal für eine Generation sicher lagern können – es geht aber um eine Million Jahre!“

Der Kreisverband Lauenburg ist deshalb in den letzten Wochen wiederholt gegen Atomkraftwerke aktiv geworden, mit kleineren Aktionen vor Ort und der Teilnahme an den „großen Demos“.

- Am 10.10.2010 fand um 15:00 Uhr eine Informations- und Diskussionsveranstaltung im Schwarzenbeker Regionalbüro der Partei DIE LINKE in der Hamburger Str. 17 statt. Als Referentin war **Sabine Brosowski**, Sprecherin der BI gegen Leukämie in der Elbmarsch, eingeladen. Unter regionalem Bezug wurde die aktuelle Atompolitik beleuchtet und für die kommenden Anti-Atom-Demonstrationen am 23.10.2010 in Lüneburg und am 6.11.2010 in Dannenberg mobilisiert.

- Berichte vom 4. und 31. Oktober 2010

Kreis Helgoland

Kreis Flensburg

Wenig Beteiligung - wenig Stimmen für die LINKE

Bei den Oberbürgermeisterwahlen in Flensburg haben nur 27,8 Prozent der BürgerInnen teilgenommen, bei 73.500 Wahlberechtigten ca. 18.200. Mit minimal sieben, bzw. fünf Prozent der Stimmen gehen die „Gewinner“ SSW und CDU/Grüne in die Stichwahl. Es ist nicht übertrieben von einer Repräsentationskrise öffentlicher Instanzen zu reden.

Es ist auch dem Kandidaten der LINKEN nicht gelungen, die BürgerInnen von den Chancen einer aktiven Mitgestaltung in der Kommune zu überzeugen. Mit 745 Stimmen (3,7%) ist der Kandidat der LINKEN, Heinz-Werner Jezewski, weit hinter den Erwartungen und den Ergebnissen bei den Kommunalwahlen zurückgeblieben.

- Mitgliederinfo LaVo, Okt. 2010, gekürzt

Kreis Dithmarschen

Schließung des Hafens in Friedrichskoog ist sinnlos!

Laut eines Kabinettsbeschlusses der schwarz-gelben Landesregierung in Kiel soll der Hafen von Friedrichskoog, auf Grund von Sparmaßnahmen, im Jahr 2011 geschlossen werden.

Eine Schließung des Hafens wäre nicht nur ein Einschnitt viele Anwohner, die vom Hafen abhängig sind und durch diesen ihren Unterhalt finanzieren, sondern würde auch kostentechnisch keine Vorteile für die Landeskassen bringen. Der Hafen dient auch zur Entwässerung der umliegenden landwirtschaftlich genutzten Gebiete. Wird der Hafen geschlossen, muss eine neue Entwässerung gebaut werden, die mehrere Millionen Euro kosten würde. Die momentane Unterhaltung des Hafens beläuft sich momentan auf ca. 600.000 Euro pro Jahr.

Und trotz der drohenden Schließung wird der Hafen auch noch aufwendig saniert, was in keinem Verhältnis zu einer darauf folgenden Schließung steht. Die

Es fehlten nur 43 Stimmen

Die Stichwahl ist entschieden. Unsere Kandidatin Felicitas Weck hat mit 47,7 % (440 Stimmen) nur ganz knapp die Wahl zur Bürgermeisterin von Helgoland verpasst. Nur geringfügig dazu gewinnen konnte der Kandidat der vier Fraktionen, SPD, FDP, CDU und IHM, Jörg Singer. Er bekam 52,3 % (482 Stimmen). Der Abstand ist somit auf nur noch 42 Stimmen zusammenschmolzen. Bei der letzten Wahl am 5. September fehlten Singer noch 25 Stimmen zu seinem Wahlgewinn.

Erfreulich hoch war die Wahlbeteiligung von 73,2 %. Das zeigt das große Interesse der Bevölkerung an dieser richtungsentscheidenden Wahl.

Ab dem 1. Januar 2011 heißt der neue Bürgermeister der Gemeinde Helgoland nun Jörg Singer. Wir werden den Verlauf seiner Amtszeit natürlich kritisch begleiten. Die Gefahr besteht, dass Herr Singer von seinen vier Fraktionen sehr schnell eingenordet wird und somit die Transparenz in der Gemeindevertretung völlig verloren geht. Entscheidungen, die die Gemeinde Helgoland betreffen, können nur gemeinsam mit Ihnen zu Stande kommen. Hierzu bedarf es einer ordentlichen Informationspolitik. Wir, DIE LINKE, Kreisverband Helgoland werden Sie auch weiter über unsere „Rote Socke“ und über unsere Internetseite informieren.

Unserer Linksfraktion steht Felicitas Weck als Kommunalberaterin natürlich auch weiterhin zur Verfügung. Sie wird uns weiter in allen Fragen der Kommunalpolitik zur Seite stehen. Aber auch ihre Mithilfe ist nun mehr denn je gefragt. Wenn Sie Fragen oder Anregungen haben, wenden Sie sich an uns.

Wir bleiben dran! DIE LINKE ist auf Helgoland zur Volkspartei, im wahrsten Sinne des Wortes geworden – Helgoland bleibt ROT!

- homepage Helgoland, 26.9.10, leicht gekürzt



Protest am Hafen Friedrichskoog

Landesregierung gibt so in Dithmarschen eine weitere Visitenkarte ihrer unkonstruktiven Arbeitsweise ab!

Aktionstag: Solidarisch mit Friedrichskoog

Im Rahmen des Aktionstages, am 20.10.2010, des Kreisverbandes Dithmarschen besuchten Vertreter des Kreisverbandes gemeinsam mit Ranka Prante, MdL, und Raju Sharma, MdB, die Bürgerinitiative Hafen-Zukunft (BIHZ) in Friedrichskoog, die mit Aktionen und Kampagnen für den Erhalt des Hafens kämpft. Ein geplanter Info-Stand, der gemeinsam mit der BIHZ durchgeführt werden sollte, fiel auf Grund heftiger Regen-

fälle wortwörtlich ins Wasser.

So einigte man sich, den Nachmittag im Bootshaus zu gestalten und sich dort über Meinungen und Standpunkte auszutauschen. Die Friedrichskooger berichteten von ihren Initiativen bezüglich der drohenden Hafenschließung und präsentierten Ideen und Konzepte, wie sie sich eine Hafenrettung vorstellen könnten. Die Abgeordneten, sowie die Vertreter des Kreisverbandes, versicherten der BIHZ ihre Hilfe zu, um den kommunalen Wirtschaftsmotor Hafen zu erhalten und die Existenzgrundlage einer ganzen Region zu sichern.

- Beide Artikel: Daniel Hofmann
25.7.10 und 21.10.2010

Kreis Plön

Knapp tausend Arbeitslose mehr

Offiziell zählt man im September 3.742 Arbeitslosen für den Kreis Plön, tatsächlich sind es 4.708. „Tatsächlich“ bedeutet: Unsere Zahlen berücksichtigen auch all diejenigen Menschen, die von den Statistikern der Bundesagentur für Arbeit nicht mehr als „arbeitslos“ gezählt werden, es aber de facto sind, weil sie auch kein gesichertes Arbeitsverhältnis haben: Arbeitslose, die im September krank waren, Arbeitslose, die einen Ein-Euro-Job hatten oder an Weiterbildungen teilnahmen und alle Arbeitslosen, die älter als 58 sind oder von privaten Arbeitsvermittlern betreut wurden.

Offizielle Arbeitslosigkeit in Plön:	3.742
<u>Diejenigen, die man offiziell nicht mehr mitzählt:</u>	
Älter als 58, beziehen Arbeitslosengeld II (§ 53a SGB II)	83
Ein-Euro-Jobs (Arbeitsgelegenheiten)	459
Berufliche Weiterbildung	213
Aktivierung und berufliche Eingliederung, (z. B. Vermittlung durch Dritte)	145
Beschäftigungszuschuss (für schwer vermittelbare Arbeitslose)	42
Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen *	1
Kranke Arbeitslose (§126 SGB III)	23
Daraus ergibt das die <u>tatsächliche Arbeitslosigkeit im Kreis Plön</u>	4.708

Auf die Arbeitslosenzahlen der Bundesrepublik übertragen:

Offizielle Arbeitslosigkeit	3.031.354
Nicht gezählte Arbeitslose	1.130.550
Tatsächliche Arbeitslosigkeit im September 2010	4.161.904

Quelle: Quelle für Kreisdaten: Bundesagentur für Arbeit: Aktueller Report für Kreise und kreisfreie Städte. September 2010 Autorin: Gabi Gschwind-Wiese, 13.10.10

Kreis Lübeck

Brücke oder Tunnel ? Mogelpackung !

DIE LINKE. unterstützt die norddeutschen Proteste gegen eine feste Fehmarnbeltquerung. Die heutige Demonstration vor der CDU Regionalkonferenz mit Bundeskanzlerin Merkel in Lübeck, fordert das Projekt zu stoppen. Dänische Medien berichten von einer Kostenexplosion von 22 Prozent für den Bau der Beltquerung. Nun wird eine Tunnellösung anstelle der bislang favorisierten Schrägseilbrücke diskutiert.

Dazu erklärt der norddeutsche Verkehrspolitiker Herbert Behrens: „Frau Merkel sollte ein ‚Beltquerung 21‘ vermeiden, heute die Notbremse ziehen und mit Dänemark die Ausstiegsoption des Staatsvertrags verhandeln.“

Die Diskussion ob Brücke oder Tunnel löst die Fragen der Hinterlandanbindung nicht. Es gibt keine raumverträgliche Trassenführung. Den Güterverkehr von und nach Skandinavien durch die touristischen Bäderorte Schleswig-Holsteins zu führen ist unverantwortlich... Die aktuell diskutierte Tunnellösung ist zudem eine Mogelpackung. Aus Kostengründen wird lediglich ein Absenktunnel geprüft, der ökologisch sehr bedenkliche Folgen hat. Doch selbst die verträglichste Lösung lenkt davon ab, dass es für dieses Großprojekt keinen verkehrspolitischen Bedarf gibt. Die Bahn hatte im Sommer 2010 ihre Güterverkehrsprognosen auf 75 Züge pro Tag halbiert. Für die auf der Strecke erwarteten 6.000 PKWs pro Tag wird anderswo nicht mal ein Verkehrskreis gebaut.

- DIE LINKE. SH20.10.10

Kreis Ostholstein

Erklärung für Pluralismus und Toleranz

Am 17. Oktober 2010 wählte der Kreisparteitag in Eutin für den Kreis Ostholstein einen neuen Kreisvorstand. Dabei wurde folgende Erklärung über die vergangene Periode der LINKE in dieser Region und die zukünftige politische Arbeit verabschiedet.

„Nach den Zeiten mangelnden Vertrauens zwischen den Mitgliedern und dem Kreisvorstand Ostholstein, nach der politischen Führungslosigkeit und dem Rückzug vieler Mitglieder, sowie innerparteilicher Auseinandersetzungen setzen wir mit dem heutigen Kreisparteitag unsere Arbeit fort. Beschlüsse des ehemaligen Kreisvorstandes, die nicht protokolliert oder veröffentlicht wurden, haben keine Gültigkeit.“

Als Mitglieder der Partei DIE LINKE.OH sind wir angetreten, auf Grundlage der programmatischen Eckpunkte unserer Partei, und unserer Satzung Politik zu machen. Eine Politik mit dem Ziel, perspektivisch einen demokratischen Sozialismus zu erschaffen, der zum Inhalt hat, dass alle Mitglieder der Gesellschaft, unabhängig von ihren ethnischen und religiösen Voraussetzungen, gleiche Chancen haben.

Wir sind angetreten, um demokratische Alternativen zur vorhandenen Gesellschaft zu diskutieren zu entwickeln und umzu-

setzen. Der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von „Unten“ nach „Oben“, wie sie Gang und Gäbe, dank der Politik von CDU, SPD, und auch der Grünen, leider tagtäglich praktiziert wird, wollen wir entgegentreten. Dazu haben wir ein Kommunalwahlprogramm beschlossen, welches wir in seiner Konsequenz umsetzen werden.

Wir benötigen keine innerparteilichen Auseinandersetzungen, sondern ein gemeinsames Handeln, das persönliche Engagement, gute Ideen und die Entschlossenheit unsere Politik nach Außen zu vertreten. Wir können, und werden es nicht dulden, dass sich einzelne Mitglieder auf Grund ihrer persönlichen Interessen unsolidarisch und undemokratisch über die Interessen unseres Kreisverbandes OH hinwegsetzen, und versuchen diese zu boykottieren!

Offenheit, Ehrlichkeit, Transparenz und Kommunikation mit und untereinander, sind Grundsätze, wie sie unsere Satzung vorsieht. Pluralismus und Toleranz, sind die Grundsätze nach denen wir handeln, und die gelebte Politik einer Partei, die sich dem Namen nach die „DIE LINKE“ nennt.

- 27.10.10, Kreisverband Ostholstein

Quotierung „ganz oben“ und „ganz unten“

Geschlechtergerechtigkeit ist ein vielschichtiges Problem. Gerne kritisieren wir, dass Frauen in den Vorständen von Aktiengesellschaften und Regierungen fehlen. Zu recht! Aber wie sieht es in unserer Partei „ganz unten“ aus?

Im Disput vom Oktober 2010 wird die Resolution der der 3. Bundesfrauenkonferenz der LINKEN mit ihrem „Konzept zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit“ vorgestellt: „Ein wichtiges Mittel zur Durchsetzung unserer Zielstellungen ist die Einhaltung der satzungsgemäßen Quote, für deren Einhaltung mit guten Argumenten geworben wird.“

Gesine Löttsch meint dazu: „...in einigen Konferenzpapieren klingt ein gewisser Pessimismus an, den ich nicht teile. Mit 45 Prozent hat DIE LINKKE den höchsten Frauenanteil aller im Bundestag vertretenen Parteien... Das kann sich wirklich sehen lassen...“

Schleswig-Holstein deine Kreise...

Bei den LINKEN in Schleswig-Holstein ist das leider nicht ganz so. Im Tätigkeitsbericht des Landesvorstandes vom September 2010, in dem anschaulich eine Tabelle unserer Mitgliederstruktur vorgestellt wird, erreicht der Anteil weiblicher Mitglieder gerade mal 25% (296 weibliche Genossinnen von 1167 insgesamt). Also nur die Hälfte vom bundesdeutschen Durchschnitt.

„Ganz oben“, in den Leitungsgremien, wenn es um die Quotierung geht, haben wir in schleswig-Holstein gute Zahlen aufzuweisen. Der Landesvorstand war und ist durchgehend „gleichberechtigt“, zur Zeit besteht das Landesvorstandsdutzend aus sechs Männern und sechs Frauen. Ein gemischtes Doppel haben wir auch bei den VorstandssprecherInnen, sowie den Bundestags- und Landtagsabgeordneten der LINKEN.SH.

Wie sieht es aber „ganz unten“ aus? Dort ist es mit dem Quotierungserfolg nicht so gut bestellt. Das habe ich einmal genauer untersucht für die untersten statuarisch zu wählenden Gremien – die Kreisvorstände (siehe Kasten oben.) Die Zahlen stammen von den aktualisierten

Von Siebenundfünfzig bis Null

Bei den 15 LINKEN Kreisverbänden LINKEN SH kommen folgende Kreisvorstände auf folgende absolute Zahlen und daraus errechnete Prozentanteile der Frauen.

Eine Frauen-Mehrheit hat einzig der Kreis Stormarn aufzuweisen mit 57% (3/4 = Männer/Frauen)

Eine fifty-fifty-Gleichheit schaffen immerhin Kiel (4/4) und Ostholstein (4/4)

Zwischen 33% und 49% liegen die meisten der Kreisvorstände:

mit 42% in Dithmarschen (4/3), dem Herzogtum Lauenburg (4/3) und Steinburg;

mit 40% in Helgoland (3/2) und Plön (3/2);

mit 37% in Lübeck (5/3);

mit 33% in Neumünster ((4/2) und Nord-Friesland (4/2):

0 bis 25% erreichen gerade eben:

mit 25% Pinneberg (3/1) und Schleswig-Flensburg (6/2);

mit 20% Rendsburg-Eckerförde (4/1);

mit 0%, hat Segeberg überhaupt keine Frauen im Vorstand.

vorhandenen Adresslisten, die „Info DIE LINKE.SH“ im April dieses Jahres erstellt hat, aus aktuellen Internetangaben und aus per e-mail oder Telefon gemachten Angaben. Ich hoffe, dass dabei keine verzerrenden Fehler unterlaufen sind.

Immerhin liegen fast alle Gremien über dem viel niedrigeren Quotienten (25%) der weiblichen Mitglieder des gesamten Landesverbandes. Positiv ausgedrückt: viel mehr Frauen kommen in verantwortliche Posten als es der Zahl der „zahlenden“ Genossinnen entspricht. Das sollte uns freuen und weist darauf hin, dass unsere Kreise erhebliche Anstrengungen machen, die Quotierungsfrage positiv nach oben auszurichten.

Satzungsfragen und Resolutionen

In der bisherigen Satzung des Bundesverbandes DIE LINKE (übergangsweise) gibt es eine Regelung in § 10 Geschlechterdemokratie, Absatz 4, die bei den Schwierigkeiten, eine „ideale“ 50%ige Quotierung zu verwirklichen, eine Ausnahme zulässt: „Bei Wahlen von Vorständen, Kommissionen, Arbeitsgremien und Delegierten sind grundsätzlich mindestens zur Hälfte Frauen zu wählen. Ist dies nicht möglich, bleiben die den Frauen vorbehaltenen Mandate unbesetzt, eine Nachwahl ist jederzeit möglich. Kreis- und Ortsverbände, deren Frauenanteil bei weniger als einem Viertel liegt, können im Einzelfall Ausnahmen beschließen.“

Diese Möglichkeit ist in unserem Landesverband recht häufig genutzt worden. Sonst gäbe es ja nicht die von mir er-

mittelten Prozentzahlen, die außer in drei Kreisen alle unter 50% Frauenanteil liegen. Da der Durchschnitt im gesamten Landesverband nur bei 25% Frauen liegt, dürfte es immer noch üblich sein, dass dieser Ausnahmeparagraph häufig Anwendung findet.

Doch muss das immer so bleiben? Liegt hier nicht die große Gefahr, dass „man“ schnell per Ausnahmeregelung das Problem „Frau“ als erledigt behandelt? In der obig zitierten Resolution vom Bundesfrauenkongress wird gefordert, sich für einen Antrag aus Nordrhein-Westfalen einzusetzen, der die Ausnahmeregelung von der Quotierung für Kreisverbände aus der Satzung streicht.

In einer Presseerklärung unserer Abgeordneten DIE LINKE im Landtag vom 8. Juli dieses Jahres anlässlich einer Debatte in der Plenarsitzung des Landtages zum Thema Quotierung heißt es: „DIE LINKE im Schleswig-Holsteinischen Landtag fordert die sofortige Festsetzung einer verpflichtenden, sanktionsfähigen Quote, um Frauen eine Chance in den Führungsetagen der Wirtschaft zu geben...“ Und am 28. Juli, anlässlich des „Gender Ranking“ der Heinrich-Böll-Stiftung betont Ranka Prante, frauenpolitische Sprecherin der Fraktion: „Ohne eine verpflichtende Quote mit Sanktionsoptionen wird es nie zu einem ausgewogenen Verhältnis zwischen Frauen und Männern in Spitzenpositionen kommen.“ Das sollte DIE LINKE.SH auch für sich selber und ihre Kreise ernst nehmen!

- Edda Lechner

Redaktion „Info DIE LINKE“

INFO DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 22. November 2010
Online-Zeitung und Printausgabe

Herausgeber: DIE LINKE. SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Sophienblatt 19,
Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: Zeitung@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wtinet.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.